

1. Teil:
Der Journalismus im Feld der Macht

2. Das journalistische Feld: Positionen

2.1. *Der Begriff des Feldes*

An dieser Stelle will ich zunächst die Grundrisse und Konfliktlinien des journalistischen Feldes in Japan beschreiben. Ein Feld begreife ich mit Bourdieu als Teil der Gesellschaft, der zu einem gewissen Grad nach eigenen Regeln funktioniert, die sich nicht vollständig unter die Logik des Geldes (wirtschaftliches Kapital) oder der Macht (politisches Kapital) unterordnen (Bourdieu 1999 hat den Begriff des Feldes ausgearbeitet). So folgen Journalisten einer professionellen Logik, die sich Markt- und Machtdynamiken zu einem gewissen Grad widersetzt (vgl. Hallin und Mancini 2004 zum Begriff des journalistischen Professionalismus). Journalistisches symbolisches Kapital beschreibt Anerkennung, die sich ein Akteur im Feld durch seine journalistischen Leistungen verdient hat. Ein Journalist, der z.B. aufgrund einer Reportage den Pulitzer-Preis gewinnt, sammelt neben rein wirtschaftlichem Kapital (dem Preisgeld) auch noch journalistisches Prestige, journalistisches symbolisches Kapital. Neben feldspezifischem symbolischem Kapital verfügen Journalisten über nicht-feldspezifisches kulturelles Kapital (z.B. Bildungsabschlüsse, eine distinguierte Art zu sprechen etc.), über soziales Kapital (Beziehungen und Vorteile, die sich daraus ergeben) und schließlich wirtschaftliches Kapital (Geld und Reichtum).

Bourdieu betont die Wichtigkeit der relativen Positionierung sowohl der Felder gegenüber anderen gesellschaftlichen Feldern (z.B. des Journalismus gegenüber dem Feld der Politik oder Wirtschaft) als auch der Akteure innerhalb der Felder gegenüber anderen Akteuren (Bernhard und Schmidt-Wellenburg 2012). Die Akteure und Felder sind außerdem Produkte der Differenzierung des sozialen Raums. Akteure verschiedener Klassen, die über unterschiedliche Mengen an Kapital verfügen, nehmen unterschiedliche Positionen ein. Ein Feld lässt sich als Bereich vorstellen, der an einer bestimmten Stelle im sozialen Raum positioniert ist. Dieser ist entlang zweier Achsen von a) der Gesamtmenge von Kapital und b) dem Verhältnis zwischen kulturellem und ökonomischem Kapital strukturiert (Benson 1998).

2. Das journalistische Feld: Positionen

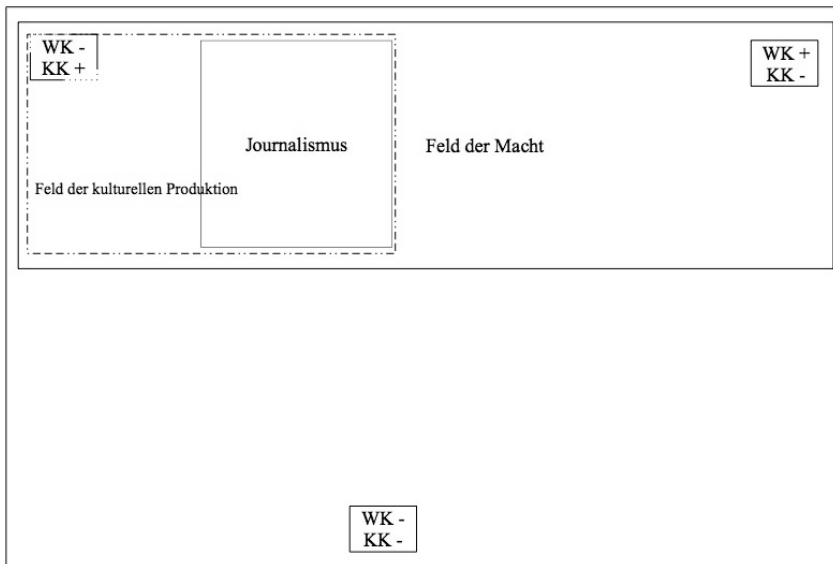


Abbildung 3: Journalistisches Feld im sozialen Raum (nach Benson 1998: 466)

Am wirtschaftlichen Pol (rechts) stehen diejenigen Akteure, die über ein hohes wirtschaftliches Kapital (im Vergleich zu ihrem kulturellen Kapital) verfügen, am kulturellen Pol (links) diejenigen, die im Verhältnis über mehr kulturelles Kapital verfügen. So sind dann Akteure mit hohem symbolischem Kapital links positioniert, während Akteure mit hohem wirtschaftlichem Kapital eher rechts positioniert sind. Dieses Modell soll auch die politische Positionierung widerspiegeln (vgl. auch Müller 2014)¹².

Der Begriff der Feldautonomie beschreibt den Grad, zu dem sich die Feldlogik, das feldspezifische symbolische Kapital, den Regeln des Marktes (Geld) und der Macht (Beziehungen, Einfluss) widersetzt. Diese Feldlogik entwickelt sich zusammen mit der Entstehung (Autonomisierung) des Feldes (Bourdieu 2010 a)¹³. Die Akteure im Feld sind allerdings auch ständig in Kämpfen um die Deutungshoheit der Orthodoxie des Feldes engagiert,

12 Benson (2006, 2013) weist darauf hin, dass die Zeitungen mit dem höchsten symbolischen Kapital häufig diejenigen sind, die wirtschaftlichen Erfolg und journalistische Anerkennung in sich vereinigen und relativiert so die politische Dimension von Bourdieus Modell.

13 Bernhard und Schmidt-Wellenburg (2012) sowie MacAdam und Fligstein (2012) betonen die Parallelen und Kompatibilität von Institutionenforschung und Feld-

die bestimmt, wie das symbolische Kapital des Feldes definiert wird (vgl. Bourdieu 1999; Müller 2014). Herausforderer versuchen die Regeln des Feldes umzuschreiben und verlassen sich dabei zum Teil auf die Hilfe feldexterner Kräfte (vor allem diejenigen mit geringerem symbolischem Kapital; vgl. Bourdieu 1999: 439-448, MacAdam und Fligstein 2012). Die Feldlogik, die Positionen der verschiedenen Akteure innerhalb des Feldes und die Positionen in Relation zu anderen Feldern entstehen in historischen Aushandlungsprozessen. Zwar ist in Bourdieus Werk das Verhältnis zwischen Feld und sozialem Raum nicht völlig klar (Müller 2014), aber ebenso wie der soziale Raum lässt sich das journalistische Feld als Ganzes sowie einzelne Zeitungsorganisationen als Unterfelder gemäß der Aufteilung verschiedener Kapitalsorten analysieren, wenn man kulturelles Kapital (auf der linken Achse) durch feldspezifisches symbolisches Kapital ersetzt. In diesem Fall lässt sich die links oben positionierte Hälfte des Feldes als der autonome Bereich des Feldes bezeichnen, die rechte, untere Hälfte als der heteronome Bereich (im Beispiel wird der Fernsehjournalismus wegen seiner höheren Abhängigkeit vom Geld und seinem geringeren Ansehen rechts positioniert, was tatsächlich mit der politischen Ausrichtung übereinstimmt).

analyse. Die Entstehungsphase des Feldes wird als wichtiger Grundstein der Institutionen (relativ stabilen Regeln) eines Feldes gesehen.

2. Das journalistische Feld: Positionen

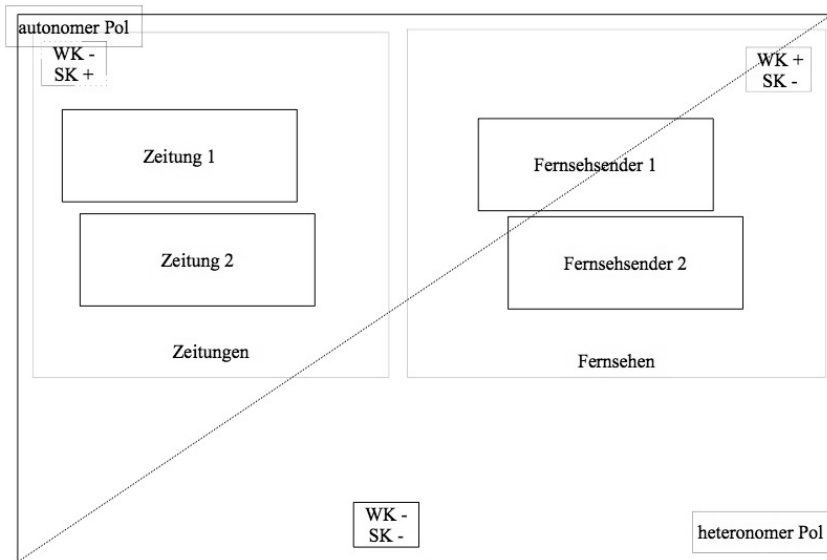


Abbildung 4: Innenansicht des journalistischen Feldes (ökonomisches und symbolisches Kapital)

Im folgenden Teil werde ich zunächst die Logik und Position des journalistischen Feldes in Japan, wie sie sich historisch entwickelt haben, skizzieren. Ich konzentriere mich dabei vor allem auf das Unterfeld¹⁴ des Zeitungsjournalismus, weil es im Kern meiner späteren Analyse steht. Auch methodisch orientiere ich mich an der praxistheoretischen Herangehensweise Bourdieus. Um das Verhältnis des journalistischen Feldes und der angrenzenden Felder in Japan zu rekonstruieren, lege ich medienhistorische und politikhistorische Forschungsarbeiten nebeneinander und kombiniere dies mit einigen Primärquellen zu Schlüsselorganisationen und Akteuren.

14 Ein gesellschaftliches Feld lässt sich wiederum in verschiedene Unterfelder unterteilen. MacAdam und Fligstein (2012) bemühen das Bild einer russischen Matroschka-Puppe, die mehrere kleine Puppen enthält. Eine Zeitungredaktion wäre demnach ein Unterfeld des Feldes des Zeitungsjournalismus, das wiederum ein Unterfeld des größeren journalistischen Feldes ist.

2.2. Das journalistische Feld in Japan: Entstehungsphase

Position im sozialen Raum: Zeitungen in Japan und Europa

Der Journalismus ist wie die politische Öffentlichkeit in Europa als bürgerliche Institution entstanden (Habermas 1962, Lobo 2016). Im 18. Jahrhundert, das Habermas als die Blütephase der bürgerlichen Öffentlichkeit porträtiert, wurden Zeitungen von einzelnen Notabeln betrieben, um neben der Verbreitung von Nachrichten über aktuelle politische Probleme zu diskutieren (Habermas 1962). Sie waren Diskussionsforen innerhalb einer relativ kleinen Elite an Bürgern (Habermas beschreibt den Prozess der Öffnung der bürgerlichen Öffentlichkeit für eine breitere Masse als Verfallsprozess der rationalen Diskussion; Habermas 1962, Calhoun 1993). Primär als Medium des Bürgertums standen die Zeitungen in Europa dem Adel und den Königshäusern gegenüber. So entwickelte sich z.B. in England der Journalismus zusammen mit dem Parlament als Kontrollinstanz gegenüber dem Königshaus. Das Bürgertum, dem mit der Entwicklung des kapitalistischen Wirtschaftssystems immer stärkere Macht zufiel (Elias 1976), stand dem Königshaus und Adel oft antagonistisch gegenüber.

Dies ist die relative Positionierung, wie sie bei der Entstehung des journalistischen Feldes in Westeuropa aufgebaut war. Wie sah diese Positionierung in später industriell entwickelten Gesellschaften aus? In Japan existierte zur Zeit der Meiji-Restauration (1868) eine Schicht aus wohlhabenden Händlern. Diese waren zum Teil der nach der offiziellen politischen Hierarchie als Führungsschicht festgelegten Schicht der Krieger (*shizoku*) in der Edo-Zeit (bis 1868) wirtschaftlich weit überlegen (Hall und Jansen 1968). Sie verfügten aber nicht über dieselbe politische Position, die sich das Bürgertum in Europa (speziell in Frankreich und England; Elias 1976) in Konflikten mit dem Adel und den Königshöfen erkämpfte (Hall und Jansen 1968). Auch entwickelte diese Händlerschicht in Japan keine politische Presse, die eine vergleichbare Position einnahm wie das Zeitungswesen während der europäischen Aufklärung (Huffman 1997). Die Vorläufer des heutigen japanischen Zeitungswesens wurden erst seit der Öffnung des Landes in den Jahren vor der Meiji-Restauration 1868 (die Bakumatsuzeit) nach dem Vorbild der europäischen und amerikanischen Zeitungen¹⁵ auf

15 Itō (1990) weist auf die *kawaraban* genannten Drucke hin, die einen Vorläufer der modernen Medien in Japan bildeten. Die Einführung der Zeitungen nach europäischem Vorbild bildete aber eine Zäsur. Die *Kawaraban* enthielten sensationelle Geschichten, illustriert für ein breites Publikum. Sie erschienen nicht regelmä-

gebaut. Sasaki (1999: 30) bezeichnet die Umwälzungen vor 1868 deshalb als „Informationsfreiheit der Bakumatsuzeit“ (*Bakumatsu no jōhō kōkai*).

„Herrschaftszeitungen“

Die ersten Zeitungen in Japan wurden von der Regierung gefördert. Die Zeitungen wurden primär als Werkzeuge der „Volkserziehung“ gesehen. Sie wurden von Gelehrten aus der alten Kaste der Krieger gegründet (aus deren Teilen der neue japanische Adel aufgebaut wurde, der unter der Meiji-Verfassung im Oberhaus repräsentiert war) und erhielten Unterstützung von der Regierung. Laut Huffman (1997) wiesen die frühen Zeitungen ihre Leser an, wie die Menschen aus dem Westen Fleisch zu essen und sich nicht nackt in der Öffentlichkeit zu zeigen. Die Zeitungen wurden gewissermaßen zusammen mit der bürgerlichen Klasse selbst erst nach der Öffnung des Landes 1868 aufgebaut. Yamamoto sieht die von der Regierung oder einzelnen Regierungsmitgliedern aufgebauten und unterstützten „Herrschaftszeitungen“ (*goyō-shinbun*) als Vorgänger von Japans heutigen Zeitungen (Yamamoto 1973). Zeitungen wurden allgemein als Mittel zur Modernisierung der Gesellschaft und Erziehung der Bevölkerung anerkannt und als Diskussionsplattform für die herrschenden Oligarchen gesehen (Sasaki 1999).

Parteizeitungen

Bereits früh begannen die Zeitungen allerdings Brüche in den herrschenden Klassen zu reflektieren. In Analogie zu dem Trend, den Habermas (1962) und andere für die Entwicklung der Öffentlichkeit in Westeuropa aufgezeigt haben (vgl. Schäfer 2012), entwickelten sich parteiische Zeitungen im Japan der 1870er Jahre. Häufig wurde eine Zeitung von einem bestimmten einflussreichen Politiker geführt (vgl. Sasaki 1999, Yamamoto 1986). Die Presse wurde zu einem Mittel für die japanischen Parteien, die in den späten 1870er und 1880er Jahren aus Brüchen innerhalb der Elite entstanden, um in der Bewegung für Bürgerrechte (*jiyū minken undō*) die Regierung anzugreifen (vgl. Huffman 1997, Sasaki 1999, Yamamoto 1973).

ßig und können nur schwer als Grundlage des heutigen japanischen Journalismus gesehen werden.

Yamamoto sieht die alte Herrscherschicht aus Großgrundbesitzern als den Leser- und Unterstützerkern dieser (oppositionellen) Parteizeitungen (Yamamoto 1981: 151). Die Parteizeitungen lieferten sich teilweise heftige Wortgefechte mit den „Herrschaftszeitungen“. Der Hauptunterschied zwischen „Herrschaftszeitungen“ und Parteizeitungen war, dass die „Herrschaftszeitungen“ die Regierenden vertraten, während die Parteizeitungen in der Opposition waren. Gleichzeitig repräsentierten die Zeitungen regionale Allianzen (die einflussreichen Gruppen um politische Persönlichkeiten aus den ehemaligen Fürstentümern Chōshū (heute Präfektur Yamaguchi) und Satsuma (heute Präfektur Kagoshima; vgl. Sasaki 1999: 28-206).

Volkszeitungen

Parallel dazu existierte eine Schicht von gebildeten Händlern, die in Zeitungen wie der Yomiuri Shinbun (gegründet 1874) literarische Werke lasen. Diese zunächst als kleine Zeitungen (*koshinbun*) geschmähten Blätter begannen nach und nach auf eine neue, breitere Leserschicht zu zielen, die durch den Ausbau des Schulsystems und die wirtschaftliche Entwicklung allmählich entstand. In dieser Art von Zeitung wurde Politik wenig thematisiert, es herrschte eine Trennung von Literatur als niederes Thema für Händler und Frauen und politischem Kommentar als Königsdisziplin für politische Zeitungen (darunter fielen sowohl die „Herrschafts“- wie auch die „Parteizeitungen“; Yamamoto 1981). Gegenüber den „großen Zeitungen“ (*ōshinbun*) genannten Parteizeitungen nahm die Regierung der Meiji-Oligarchen teils eine repressive Haltung ein, teils griff sie selbst aktiv ein (Huffman 1997). So wurden von Regierungsmitgliedern mit der Unterstützung durch finanzstarke Industrielle oppositionelle Zeitungen aufgekauft (so z.B. der Vorgänger der heutigen Mainichi Shinbun in Tokyo, Tokyo Nichinichi Shinbun; Sasaki 1999: 163-179) und heimlich mit Regierungsgeldern gestützt, um sie auf die eigene Seite zu ziehen (so der Vorgänger der Asahi Shinbun in Tokyo; vgl. Ariyama 1986) Die „großen Zeitungen“ aus der Zeit der Freiheits- und Bürgerrechtsbewegung wurden mit zunehmender industrieller und kommerzieller Entwicklung verdrängt durch die „kleinen Zeitungen“ (*koshinbun*) mit einer breiteren Leserschicht (Yamamoto 1973; Huffman 1997).

Entwicklung des Feldes

Huffman unterstreicht, dass die Zeitungen bei den Unruhen nach dem Russisch-Japanischen Krieg (1904-1905) und bei einer Reihe von Skandalen in der späten Meiji- und frühen Taishō-Zeit (speziell von 1901 bis in die 1920er Jahre) eine wichtige Rolle als Kritiker der Regierung und generell der herrschenden Eliten spielten (Huffman 1997). Journalisten begannen sich als Advokaten der Bevölkerung zu verstehen. Vermutlich lässt sich in Bourdieus Terminologie sagen, dass der Journalismus in dieser Wachstumsphase begann, sich als eigenes gesellschaftliches Feld zu etablieren. Yamamoto betont speziell die Phase von 1895 bis 1905. In dieser Periode zeigte die Zeitungsindustrie, angetrieben durch die Ausweitung der allgemeinen Schulbildung und die industrielle Entwicklung nach dem ersten Japanischen-Chinesischen Krieg (1894-1895), ein starkes Wachstum. Erste industrielle Druckmaschinen wurden importiert (vgl. Huffman 1997). Das journalistische Feld gewann eine Teilautonomie gegenüber der Wirtschaft und der Politik und begann seine eigenen spezifischen Regeln zu entwickeln (vgl. DeLange 1998, Yamamoto 1981).

Die Erlangung einer relativen Autonomie: professionelle Logik und Gesellschaftskritik

Es scheint sich zu dieser Zeit eine professionelle Logik im Journalismus entwickelt zu haben. In einem Bericht unter dem Titel „Zeitungsjournalisten – Herolde der Gesellschaft“ (*keisei no bokutaku – shinbun kisha*), den ein anonymes Journalist 1902 veröffentlichte, wird das neu entstandene Milieu der Journalisten in Tokyo beschrieben (Anonym 1902). Viele der Journalisten waren Absolventen der Privatschulen Keiō Gijuku Daigaku oder Waseda Seiji Gakkō. In dem Bericht werden Vorbilder aus dem Ausland, z.B. der britische Journalist William Thomas Stead, der als einer der ersten investigativen Journalisten gilt¹⁶, vorgestellt. Der Beruf des Journalisten wird mit dem eines Priesters verglichen, weil er ebenfalls einem höheren Ziel als wirtschaftlichem Gewinn folgt (Anonym 1902). In dem Text werden einige bis heute gültige Konfliktlinien des Journalismus in Japan aufgezählt,

16 William Thomas Stead (1849 – 1912) gilt als ein Begründer des investigativen Journalismus. Er sah Journalismus als sozialreformatorische Mission und bekämpfte in einer Kampagne z.B. die damals in England weit verbreitete Kinderprostitution (Robinson 2012).

so z.B. die Konkurrenz zwischen dem sogenannten „harten Weg“ (*kōha*) der Wirtschafts- und Politikjournalisten (*keizaibu*, *seijibu*) und dem „weichen Weg“ (*nanpa*) der Journalisten des Gesellschaftsteils (*shakaibu*) innerhalb der Zeitungsfirmen (Anonym 1902). Diese Unterscheidung war zunächst eine Unterscheidung zwischen den verschiedenen Zeitungstypen der „großen Zeitung“ und der „kleinen Zeitung“. In den späten 1890er Jahren entwickelten sich verschiedene neue Ansätze des Journalismus, die versuchten neue, breitere Leserschichten innerhalb derselben Zeitung anzusprechen. Die Zeitungen Niroku Shinpō (gegründet 1901), Yorozu Chōhō (gegründet 1892) und die Mainichi Shinbun in Tokyo (nicht zu verwechseln mit dem Vorgänger der heutigen Mainichi Shinbun, der Mainichi Shinbun aus Osaka) begannen einen neuen Journalismus zu etablieren.

Speziell die Yorozu Chohō, die sich mit einem niedrigen Kaufpreis besonders an Unterschicht-Leser wandte, kombinierte so genannte „Seitendrei-Artikel“ (*sanmen kiji*; die Bezeichnung für sensationelle Artikel stärker in der Tradition der Kwaraban) mit einer neuen Form von politischer Gesellschaftskritik auf Seite eins (Seite eins war die Politikseite; Yamamoto 1981). Dafür rekrutierte der Inhaber der Yorozu Chōhō z.B. einen bekannten Sozialisten¹⁷ und einen christlichen Sozialreformer¹⁸ als Redakteure. Die Sozialkritik auf Seite eins kombinierte er mit Skandalberichterstattung über Mätressen und Korruption der politischen und wirtschaftlichen Eliten auf Seite drei. Ein zeitgenössischer Schriftsteller berichtet, dass er als Mittelschüler durch diese Zeitungen politisiert wurde:

„Ich las die Mainichi, die Niroku Shinpō, die Yorozu Chōhō und erfuhr Dinge, die mein Blut zum Kochen brachten. Als Freund der Schwachen, die Gewalttaten der Starken ans Licht bringen. Das Böse in der Gesellschaft anklagen. Damals dachte ich, was für eine erfüllende Art zu leben dies ist für einen Mann“ (Shirayanagi Shūkō zitiert in Yamamoto 1981: 99).

In den Leitlinien der Mainichi Shinbun, die eine Kampagne für die Opfer des Ausbaus einer Kupfermine nördlich von Tokyo durchführte, hieß es:

„Wir sind die Herolde der Gesellschaft (shakai no bokutaku) (...) wir können nicht vor Bedrohungen zurückschrecken und nicht mit Geld gekauft werden.“

17 Kōtoku Shūsui übersetzte sozialistische Texte ins Japanische. Aus Protest gegen die Befürwortung des Russisch-Japanischen Krieges trat er 1903 aus der Redaktion der Yorozu Chōhō aus. Später wurde er wegen angeblicher Attentatspläne gegen den Kaiser hingerichtet (vgl. Huffman 1997, Yamamoto 1990).

18 Uchimura Kanzō, ein bekannter christlicher Sozialreformer trat ebenfalls 1903 aus der Redaktion aus (vgl. Yamamoto 1990).

2. Das journalistische Feld: Positionen

Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit, Treue, Menschlichkeit, Frieden. Das ist das Leben unserer Mainichi Shinbun“ (Yamamoto 1981: 156).

In diesen Äußerungen zeigt sich der Kern der heute in den japanischen Zeitungsverlagen als „Logik des Gesellschaftsteils“ (*shakaibu no ronri*; vgl. z.B. Hayashi und Kopper 2012) bekannten, spezifisch journalistischen kulturellen Logik. Zu Beginn des 20. Jahrhunderts bildete diese Form des kritischen Journalismus den Mainstream in der Tokioter Zeitungswelt. Die Yorozu Chōhō war 1899 mit über ca. 300 000 verkaufter Auflage die meistverkaufte Zeitung in Tokyo (vgl. Yamamoto 1981: 406-407). Die Niroku Shinpō erreichte ebenfalls ein breites Publikum. Der kritische Journalismus war eng verbunden mit den sozialen Bewegungen dieser Zeit. Die Yorozu Chōhō kombinierte einen oft christlich inspirierten Humanismus mit gesellschaftlich orientierten sozialistischen Ideen. Die Niroku Shinpō veranstaltete 1901 ein „Arbeiter-Freundschaftstreffen“ (Rōdōsha Konshinkai), für das sich 50 000 Personen anmeldeten.¹⁹ Yamamoto (1981: 160) schreibt, man könne dieses Treffen auch als den ersten japanischen „Tag der Arbeit“ bezeichnen. Die Yorozu Chōhō gründete eine Organisation namens Idealisten-Union (*risōdan*), die für sozialen Fortschritt eintrat. Sie kooperierte mit der Mainichi Shinbun aus Tokyo bei einer Vorlesungsreihe im Rahmen der Idealisten-Union (Yamamoto 1981).

Die erziehende Massenzeitung und die Nachrichtenzeitung

Gesellschaftskritik und die Unterstützung der gesellschaftlich Schwachen hatten sich als Teil der journalistischen Logik etabliert (vgl. Yamamoto 1981: 152-163). Während der Fokus auf Aktualität in allen Teilen der Zeitung anerkannt war und zunehmend wichtiger wurde (Yamamoto 1981: 110), war die gesellschaftskritische Haltung der Zeitungen aber nicht unumstritten.

Ein Gegenmodell bot die Hōchi Shinbun, die in Tokyo ebenfalls eine hohe Auflage erreichte und ihre Inhalte mehr auf erzieherische Anekdoten ausrichtete. Sie konzentrierte ihre „Seite-Drei-Artikel“ mehr auf Polizeigeschichten und gab das Motto aus eine Zeitung zu sein, die man „mit Eltern und Kind lesen könne“ (Yamamoto 1981: 101-104). Sie war die erste Zeitung, die weibliche Journalisten einstellte, brachte viele Artikel mit

19 Nach einem Einspruch der Sicherheitskräfte musste die Teilnehmerzahl auf 5000 begrenzt werden (Yamamoto 1981: 160).

nützlichen Anekdoten (*jitsuyō-kiji*) und Techniken, wie sich Menschen aus der Unterschicht in der Gesellschaft zurechtfinden konnten (*shosejutsu*; Yamamoto 1981: 103). Yamamoto zitiert einen Leser, der die Zeitung für ihre erzieherischen Geschichten aus dem Alltag lobt und berichtet, dass er sie jeden Abend seiner Frau vorlese. Politische Neutralität (*fuhen futō*) gehörte ebenfalls zu den Grundsätzen dieser Zeitung. Sie wurde viel von Soldaten und Angestellten im Verkauf gelesen. Man könnte sie mit Bourdieu als Zeitung beschreiben, welche stärker kleinbürgerliche Werte und Geschmäcker vertrat (vgl. Bourdieu 1982).

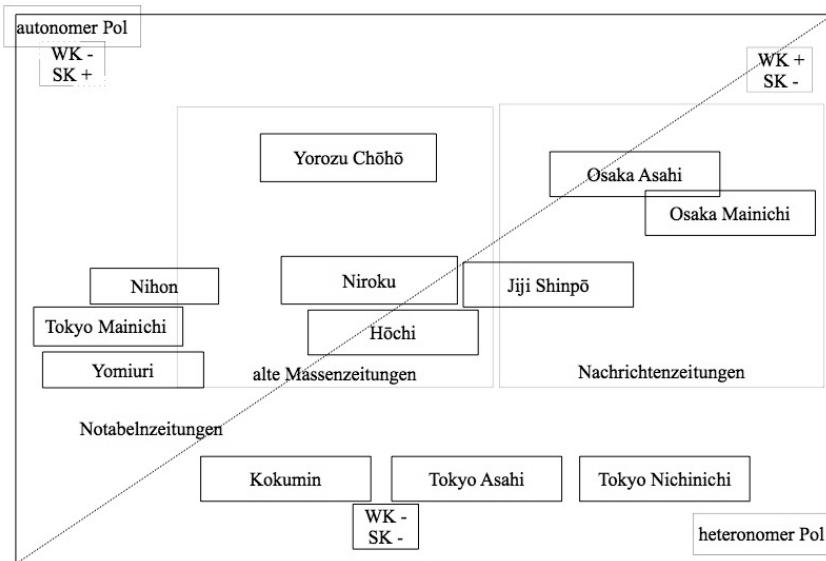


Abbildung 5: Journalistisches Feld um 1910 (Schaubild nach den Beschreibungen in Yamamoto 1981).

Wachstum und Autonomisierung: die Nachrichtenzeitungen

Sowohl die *Yorozu Chōhō* als auch die *Hōchi Shinbun* erhielten nach dem Russisch-Japanischen Krieg 1904-1905 zunehmend Konkurrenz von einem neuen Typ von Zeitung. Prototypen für das Modell der Nachrichtenzeitung (*bōdō-shinbun*) waren die *Asahi Shinbun* und die *Mainichi Shinbun* aus Osaka sowie die *Jiji Shinpō* aus Tokyo. Sie versprachen als Nachrichtenzeitungen ebenfalls Neutralität und Unparteilichkeit (*fuhen futō*). Ihre Leserschaft war stärker die neue aufsteigende Schicht von Angestellten und

2. Das journalistische Feld: Positionen

Händlern, die besonders in Kansai, dem damaligen Kerngebiet der japanischen Wirtschaft, vertreten war. Sie richteten ihre Aufmerksamkeit stärker als zuvor auf schnelle und punktgenaue Wirtschafts- und Politikberichterstattung. Das dafür notwendige Netz aus Korrespondenten und die zugehörige Infrastruktur erforderten erhebliche Investitionen. Die Aktualität und Genauigkeit wurde schließlich zum Alleinstellungsmerkmal der Nachrichtenzeitungen und führte seit den 1920er Jahren zu ihrer landesweiten Monopolstellung (Yamamoto 1981). In den 1910er und 1920er Jahren wurden die Nachrichtenzeitungen aus Osaka zu „Omnibusmedien“, d.h. Zeitungen, die von breiten Gesellschaftsschichten, von nahezu „jedermann“ gelesen wurden (Yamamoto 1981, vgl. Benson 2013). Parallel zur Entwicklung des Feldes wurden die ersten Organisationen gegründet, die verschiedene Akteure des Feldes regelmäßig zusammenbrachten. Die Pressekubs in verschiedenen Ministerien waren die ersten derartigen Gruppen für einfache Journalisten. Seit 1909 wurden im Rahmen der „Frühling-Herbst-Gruppe“ (Shunjūkai) regelmäßige Treffen der Manager verschiedener Zeitungen institutionalisiert. Die Gruppe sollte „zu Vorteil und Ehre von Zeitungsjournalisten beitragen“ (Sasaki 1999: 312). 1912 und 1913 wurden mit der „Gruppe des 21. Tages“ (21nichikai) und dem Zeitungsbund (Shinbun Kyōkai) weitere Dachorganisationen der Zeitungsmanager gegründet (Mori 2006), die zum Teil auch politisch aktiv waren. Der Zeitungsbund erreichte laut Sasaki (1999) z.B. für Zeitungen einen Rabatt auf Post- und Telefonpreise.

Unparteilichkeit und interner Pluralismus

Yamamoto Taketoshi (2005) führt das Ideal von Unparteilichkeit auf die herrschenden Oligarchen zurück, die die seit den 1880er Jahren in Opposition zur Regierung entstandenen politischen Parteien zu diskreditieren versuchten. Auch sei es für die geschäftsorientierten Nachrichtenzeitungen ein Vorteil gewesen, Unparteilichkeit zu behaupten, weil dadurch die potentielle Käuferschicht erweitert wurde (Yamamoto 1973). Yamamoto sieht es als Kennzeichen der Nachrichtenzeitung, dass sie besonderen Wert auf Aktualität und Neuigkeitswert sowie Punktgenauigkeit und Exaktheit der Nachrichten legten. Er sieht gleichzeitig einen Rückgang der politischen Kommentarfunktion und der Gesellschaftskritik der Zeitungen (Yamamoto 1981: 136-137). Der Wert, der Aktualität und Neuigkeit beigemessen wird, kann als universelles Charakteristikum des Journalismus, als Teil ei-

nes feldspezifischen symbolischen Kapitals, gelten (vgl. z.B. Bourdieu 2010 b).

Für Japan könnte man argumentieren, dass sich bei den neuen Nachrichtenzeitungen eine Diversifizierung des feldspezifischen symbolischen Kapitals in den verschiedenen Teilen der Zeitung entwickelte. Die Zeitungen wandelten sich zu profitablen Großunternehmen. Damit diversifizierten sich die Zeitungen auch innerlich. Von einem externen Pluralismus (verschiedene Zeitungen vertreten jeweils eine politische Position; Hallin und Mancini 2004) wandelten sie sich zu einem Modell des internen Pluralismus (innerhalb einer Zeitung gab es verschiedene politische Positionen). Mit der Erweiterung der Redaktionen kam es vor, dass die politischen Gegner eines Journalisten, statt wie vorher außerhalb der Redaktion zu sitzen, nun innerhalb der gleichen Redaktion saßen (Aoki 1968).

Das Weiterbestehen des kritischen Journalismus in der Osaka Asahi Shinbun (siehe unten) weist darauf hin, dass der Fokus auf Aktualität nicht unbedingt die Gesellschaftskritik verdrängte, wie von Yamamoto beschrieben (Yamamoto 1981). Der Gesellschaftsteil wurde zum Hauptsitz des kritischen Journalismus innerhalb der Zeitungsunternehmen (obwohl sich dieser nicht auf den Gesellschaftsteil der Zeitungen beschränkte). Er konkurrierte mit dem Politik- und dem Wirtschaftsteil, die stärker auf die schnelle Übermittlung neutraler Informationen fokussiert waren. Diese tendieren stärker dazu, die Logik der jeweiligen Felder, die sie abdecken, zu übernehmen. Dieses Spannungsverhältnis existiert bis heute innerhalb der Zeitungsverlage (vgl. Asahi Shinbun Kisha Yūshi 2015, Leggewie 2010).

2. Das journalistische Feld: Positionen

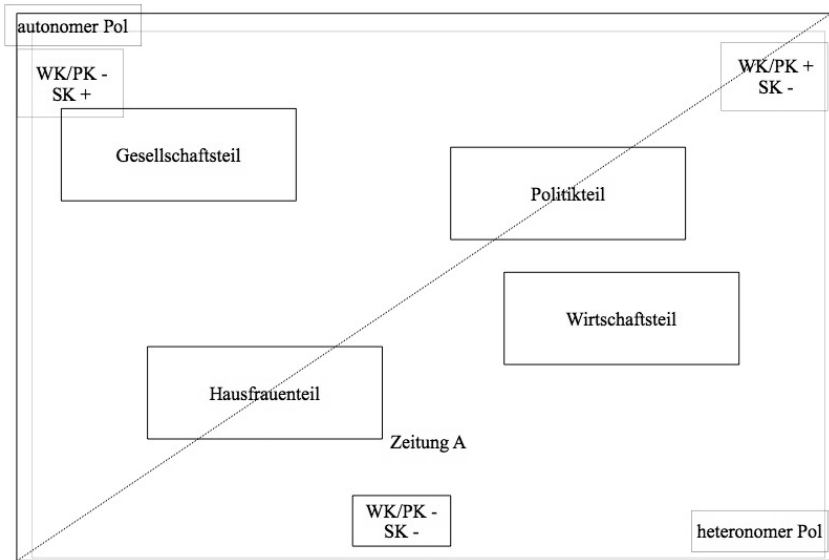


Abbildung 6: *Symbolisches Kapital, Autonomie und Heteronomie bei internem Pluralismus; das Verhältnis von feldspezifischem symbolischem Kapital zu wirtschaftlichem Kapital wird hier durch wirtschaftliches und politisches Kapital (im Sinne von Einfluss und Beziehungen in der Welt der Politik) ersetzt. Die Mengen und Zusammensetzungen des Gesamtkapitals und damit die Hierarchie der Zeitungsteile unterschieden sich aber je nach Geschichte des Verlages.*

Die kritische Phase: Allianzen und Autonomie

Laut Huffman (1997) und Yamamoto (1973) wurden von 1912 an die kritischen Stimmen der Zeitungen stärker. Durch zunehmenden wirtschaftlichen Erfolg erreichten die Zeitungen Autonomie und durch ihre wachsende Leserschaft auch immer mehr politischen Einfluss. Es lässt sich politisch eine deutliche Positionsverschiebung des journalistischen Feldes beobachten. Bis in die 1910er Jahre waren die meisten Zeitungen durch ein Netz aus Allianzen mit verschiedenen Gruppen der Meiji-Oligarchen²⁰

²⁰ Besonders einflussreich waren die Gruppen aus den Fürstentümern Chōshū (z.B. um Yamagata Aritomo) und Satsuma (z.B. um Prinz Saionji).

und der wiederum von einem Oligarchen gegründeten Partei Rikken Seiyūkai (Freunde der Verfassungspolitik) verbunden. Der Seiyūkai war von Itō 1900 als Partei des nationalen Interesses und des Kaisers gegründet worden (vgl. Sasaki 1999). Mit der wachsenden Unabhängigkeit des Feldes positionierte sich der Mainstream des Journalismus deutlicher auf der Seite der Parteipolitiker, die sich für das Ende der Herrschaft der Oligarchen und eine stärkere Öffnung der Politik für breitere Volksschichten einsetzten. In mehreren Kampagnen brachten sie von den Meiji-Oligarchen geführte Regierungen zu Fall. 1912 trafen sich mehrere Größen der Zeitungswelt und gründeten mit Politikern des Seiyūkai eine „Allianz für den Schutz der Verfassungspolitik“ (*kensei yōgō rengōkai*)²¹. 1913 zwangen sie zusammen den als Symbol der „Oligarchen-Politik“²² kritisierten Premierminister Katsura Tarō (während seiner dritten Amtszeit als Regierungschef 1912-1913) zum Rücktritt.

Die Kampagne wurde gegen seinen Nachfolger Yamamoto Gonnohyōe (1913-1914) weitergeführt. Der Seiyūkai hatte die Seiten gewechselt und Yamamoto, der ebenfalls als Vertreter der Oligarchen kritisiert wurde, unterstützt. Yamamoto erlangte so die Unterstützung einiger parteinaher Zeitungen. Der Großteil des journalistischen Feldes setzte die Bewegung aber fort, forderte Steuersenkungen (Sasaki 1999: 270) und stellte sich gegen Yamamotos Regierung.

Bei einer Demonstration wurde ein Journalist der Tōkyō Nichinichi Shinbun von einem Polizisten verletzt und die Zeitungen solidarisierten sich und forderten den Rücktritt des verantwortlichen Ministers im Heimatministerium (Naimushō). Nach einem Korruptionsskandal musste Yamamoto dann schon nach einem Jahr an der Regierung zurücktreten. Im Zentrum der Kampagnen stand damals die Yorozu Chōhō aus Tokyo. Der dreimalige Heimatminister und spätere Premierminister (von 1918-1921) Hara Takashi, der für seine Medienmanipulation berühmt war, sah die Yorozu Chōhō als gefährlichste aller Zeitungen. Sie beunruhigte ihn, weil er sie nicht bloß als Werkzeug politischer Gegner sah, sondern weil sie über eine gewisse Selbstdisziplin (*jiritsusei*) verfügte (Sasaki 1999: 306). Dieses Unbehagen Haras, der es gewohnt war, mit Geld und anderen

21 Die Tokioter Zeitungen Yorozu Chōhō, Tōkyō Nichinichi Shinbun, Nihon, Jiji Shinpō, Tōkyō Asahi, und Tokyo Mainichi Shinbun beteiligten sich dabei. Zeitungen, die sich für die Regierung Katsura positionierten, wurden im Verlauf der Kampagne teilweise von einem wütenden Mob angegriffen (dazu gehörten die Kokumin Shinbun, Miyako Shinbun, Yamato Shinbun, Yomiuri Shinbun und Niroku Shinpō).

22 *Hanbatsu seiji*.

Vorteilen Journalisten zu manipulieren, zeigt die Neuartigkeit der professionellen Autonomie des Feldes gegenüber dem politischen Feld. Die Autonomie beschränkte sich aber nicht nur auf die Yorozu Chōhō. Der Marktführer Osaka Asahi Shinbun entwickelte sich ebenfalls zu einem autonomen Akteur, der die Logik des journalistischen Feldes gegenüber dem politischen Feld vertrat.

Der weiße Regenbogen

1916 kam mit General Terauchi Masatake (1916-1918) erneut ein Politiker aus dem ehemaligen Fürstentum Chōshū an die Macht. Die Zeitungen wandten sich gegen die von ihm geplante Entsendung von japanischen Soldaten 1917 nach Sibirien (eine Intervention zusammen mit den USA und England als Reaktion auf die russische Revolution) und kritisierten die Wirtschaftspolitik der Regierung und Vorhaben zur Aufrüstung scharf (Yamamoto 1973: 181-201). 1918 gab es landesweite Unruhen, nachdem durch eine Meldung der Osaka Asahi Shinbun bekannt geworden war, dass Spekulanten den Preis für Reis in die Höhe getrieben hatten (Sakō 2014, Yamamoto 1990). Die Osaka Asahi Shinbun war zu dieser Zeit eine der auflagenstärksten Zeitungen des Landes und nahm eine Führungsposition bei der scharfen Kritik an der Regierung durch die Medienwelt ein (Sasaki 1999). Sakō (2014) beschreibt diesen Konflikt als Konfrontation zwischen den alten Eliten und der „Welt des Wortes“ (*genronkai*) in Osaka. Mehrere fortschrittlich eingestellte Professoren²³ der Universität Kyoto schrieben zu dieser Zeit als „Freunde der Zeitung“ Kolumnen, der Inhaber unterstützte die „progressive Fraktion“ innerhalb der Zeitung (vgl. Sasaki 1999, Sakō 2014)²⁴.

Als die Reisunruhen im Sommer 1918 eskalierten, verhängte der Heimatminister eine Publikationssperre in Bezug auf die Unruhen. Die Zeitungswelt reagierte wütend und verlangte die Rücknahme des Verbotes. Das Heimatministerium musste sich dem Druck beugen, entschied sich aber an der Osaka Asahi Shinbun ein Exempel zu statuieren. Ein Zeitungsartikel, der den Anlass zur Repression gab und dessen Autor später vor Ge-

23 Darunter war z.B. der einflussreiche Marxist Kawakami Hajime (Sakō 2014).

24 Die „progressive Fraktion“ hatte die Unterstützung des Haupteigentümers Murayama Ryuhei, der Präsident der Osaka Asahi Shinbun war. Die konservative Gruppe sammelte sich in der Tokyo Asahi Shinbun unter dem zweiten Eigentümer Ueno Riichi (Kurita 2001).

richt angeklagt und verurteilt wurde, beschrieb die aufgebrachte Stimmung bei einem Treffen von 86 Zeitungs- und Nachrichtenverlagen in Kansai (Yamamoto 1973: 192-193). Die Osaka Asahi Shinbun hatte in dem Artikel, den Ausspruch „der weiße Regenbogen durchstößt die Sonne“ (*bakkō hi wo tsuranukeri*) verwendet. Es handelt sich um einen Hinweis auf eine klassische chinesische Schrift, in der ein weißer Regenbogen als Vorzeichen eines Soldatenaufstands gegen den Herrscher dargestellt wird.

Als Reaktion auf diese Anspielung drohte der Heimatminister der Osaka Asahi Shinbun mit der Schließung. Die Regierung wertete den Artikel als Aufruf zur Revolte und Beleidigung des Kaiserhauses.

Schon vor dem Vorfall hatte der Heimatminister Gotō Shinpei²⁵ durch mit ihm verbundene Journalisten in der Zeitschrift „Neue Generation“ (*Shinjidai*) gegen die Osaka Asahi Shinbun Stimmung gemacht (Kimura 1992, Sakō 2014). Der Hauptinhaber der Asahi Shinbun wurde nach dem Vorfall von einer Gruppe Rechtsnationalisten überfallen und verprügelt, die Asahi Shinbun musste offiziell Reue üben und eine Gruppe kritischer Journalisten verließ die Zeitung (vgl. Yamamoto 2005). Die Repression wurde auch zum Anlass für eine Neuordnung der Machtverhältnisse innerhalb der Asahi Shinbun. Journalisten wie der spätere Herausgeber²⁶ Ogata Taketora und der ehemalige Militärberichterstatler Nishimura Tenshū²⁷ übernahmen die Führung. Beide verkörpern eine stärker obrigkeitnahe Orientierung.

Presseklubs und Eingriffe des Heimatministeriums

Das politische Feld reagierte auf den wachsenden Einfluss der Zeitungen. Der Beginn der aktiven Manipulation von Presseklubs durch die Regie-

25 Gotō war auch bei der späteren Übernahme der Yomiuri Shinbun durch einen ehemaligen Beamten des Heimatministeriums beteiligt.

26 Die Bezeichnung *shuhitsu* (wörtlich Hauptschreiber) übersetze ich hier mit Herausgeber. Es handelt sich meist um einen erfahrenen Redakteur, der landesweit die Redaktionslinie bestimmt. Er ist zu unterscheiden vom Chefredakteur der jeweiligen Teilredaktionen (*benshūkyokuchō*) und vom Inhaber (*shashu*) sowie vom Chef des Kommentarteils (oft *ronsetsushitsuchō*) und auch vom leitenden Gesamtredakteur (*benshū sōchō*), der bei der Asahi Shinbun für eine Weile während der Kriegszeit existierte.

27 Nishimura wurde später Berater des kaiserlichen Hofamtes und Mitinitiator der von der Regierung nach dem großen Kanto-Erdbeben 1923 initiierten Kampagne für die „geistige Volksermächtigung“ (*kokumin seishin sakko*; Nagahama 1987).

rung fiel laut Yamamoto (1990: 292) in die Phase von 1908-1911, als Gotō Shinpei Minister für Infrastruktur war. Zusammen mit Hara Takashi gilt er als einer der großen Medienmanipulatoren des Heimatministeriums (vgl. Kimura 1992). Sakō (2014) berichtet, dass die von Gotō in der Zeitschrift *Shinjidai* vorangetriebene Kampagne gegen die Osaka Asahi Shinbun zum größten Teil auf Berichten beruhte, die von Journalisten der konservativen Fraktion innerhalb der Asahi Shinbun geschrieben wurden. Hier zeigt sich die von Gotō und anderen Politikern und Bürokraten besonders des Heimatministeriums vertretene aktivistische Haltung gegenüber dem Journalismus²⁸. Sie griffen aktiv in das journalistische Feld ein, ohne dabei aber ausschließlich auf Kontrolle von außen zu setzen. Vielmehr unterstützten sie ihnen nahestehende Fraktionen innerhalb des Feldes und versuchten diesen zu einer Hegemonie zu verhelfen (Bourdieu bemerkt, dass solche Einflussnahmen im Fall eines zumindest teilweise autonomen Feldes meist nicht direkt wirken, sondern durch die Positionskämpfe der Akteure innerhalb eines Feldes gefiltert und abgelenkt werden; Bourdieu 2010 a).

Diese Art der Eingriffe ins journalistische Feld verlangte ein relativ hohes Maß an Kenntnissen des Feldes. Über Gotō wird berichtet, dass er zahllose Beziehungen zu Journalisten pflegte und seit seiner Zeit als Präsident der Mandschurischen Eisenbahn (1906-1908) das Sammeln von Informationen und die Manipulation von Journalisten perfektioniert hatte (Kimura 1992). Hara Takashi unterhielt als Heimatminister und Vorsitzender des Seiyūkai ebenfalls zahllose klientelistische Verhältnisse mit verschiedenen Journalisten und Zeitungsinhabern (vgl. Sasaki 1999: 280-309). Die Rolle der Presseklubs wird von Historikern allerdings nicht durchgehend so negativ beschrieben wie in Freemans (2000) Darstellung. Arai (1979) betont z.B. die Unabhängigkeit der Presseklubs, die den Journalisten dazu dienten, sich der Regierung oder anderen Informationsquellen gemeinsam entgegenzustellen und journalistische Autonomie zu bewahren (vgl. auch Kawasaki 2009²⁹).

28 Gotō ließ auch während seiner Zeit als Chef der Kolonialverwaltung in Taiwan Zeitungen gründen, die er als Mittel zur Zivilisierung des Landes sah. Während seiner Zeit als Präsident der Mandschurischen Eisenbahn baute er dort die Rechercheabteilung auf, die später auch Geheimdienstfunktionen für das Heer übernahm (Kimura 1992).

29 Laut Kawasaki betont die historische Forschung einen Wandel der Presseklubs von Eigenständigkeit in der Vorkriegszeit hin zu Kontrolle in der Kriegszeit und Harmonie mit den Behörden und Unternehmen in der Nachkriegszeit (Kawasaki 2009: 71).

Die Etablierung der Parteienpolitik

Yamamoto (1973) beschreibt den „Vorfall des weißen Regenbogens“ (*shiro-niji-jiken*) 1918 als wichtige Weichenstellung im japanischen Journalismus. Er sieht den Vorfall als Beginn eines Verlustes von politischer Aktivität. Ariyama (1996) betont ebenfalls, dass seit 1918 das Zeitungsmanagement keine politische Position mehr bezog und individuelle Journalisten nicht mehr unterstützte, wenn sie in Konflikt mit der Regierung kamen. Wenn man die weitere Entwicklung des Feldes betrachtet, wirkt diese Beschreibung aber nicht überzeugend. Ariyama selbst (2000) weist darauf hin, dass die japanischen Zeitungen in den 1920er Jahren begannen, gemeinsame Erklärungen (*kyōdō sengen*) herauszugeben. Die erste dieser Erklärungen wurde 1922 im Rahmen einer Kampagne für die Durchführung von allgemeinen Wahlen durch neun Zeitungsverlage herausgegeben (Ariyama 2000: 60). Die Zeitungswelt war ein zentraler Treiber bei der Etablierung der Vorherrschaft der Parteien gegenüber den regierenden Gruppen aus Adel und Bürokratie. Sie betrieben eine Bewegung zur Abwahl der Kandidaten, die aus ihrer Sicht gegen das Volksinteresse verstießen. Der konservative Redakteur Nishimura Tenshū, der nach dem „Vorfall des weißen Regenbogens“ der Regierung von Hara Takashi (1918-1921) in einem Leitartikel signalisiert hatte, folgsam zu bleiben, musste bereits 1919 aufgrund von scharfer Kritik innerhalb der Firma die Asahi Shinbun verlassen (Kurita 2001: 42). Unter den Slogans „gegen die Militärcliquen“, „Erneuerung des Volksgeistes“, „Verbesserung der Politik“, „Sicherung des Lebensstandards“, „Milderung der Klassenunterschiede“ und „Volksdiplomatie“ führten die Zeitungen eine gemeinsame Kampagne gegen drei aufeinanderfolgende Oligarchen-Regierungen (Sasaki 1999: 318). 1924 erreichten sie den Rücktritt der Regierung Kiyoura (Januar bis Juni 1924), deren Machtbasis der im Oberhaus repräsentierte Adel gewesen war. 1925 wurde unter maßgeblicher Beteiligung der Öffentlichkeit das allgemeine Wahlrecht eingeführt. Daraufhin begann eine ca. zehn Jahre währende Vorherrschaft der Parteien in der japanischen Politik. Es etablierte sich ein für einige Jahre relativ stabiles Zweiparteiensystem mit der Konstitutionell-Demokratischen Partei (Rikken Minseitō) auf der einen Seite und der Seiyūkai auf der anderen Seite (Sasaki 1999: 318).

2.3. Mobilisierung der Bevölkerung und Aktivismus von oben

Nach der Russischen Revolution 1917 und gerade im Zuge der Einführung des allgemeinen Wahlrechts 1925 wurden die Techniken zur ideologischen Kontrolle der Bürger weiterentwickelt. Garon (1997) betont, dass die Grenzen zwischen politischen Aktivisten und dem Staat in den 1920er Jahren verschwammen. Das Heimatministerium hatte bereits seit dem Ende des Russisch-Japanischen Krieges 1905 in der „Kampagne zur Verbesserung der ländlichen Gebiete“ (*chihō kairyō undō*) die Bildung privater oder halbstaatlicher „Erziehungsgruppen“ unterstützt, um die Bevölkerung zu organisieren, zu modernisieren und eine ideologische Hegemonie durchzusetzen (vgl. Pyle 1973)³⁰. Diese Organisationen wurden zu Vehikeln für eine Welle von Volkserziehungskampagnen. 1919 begann die Kampagne „für die Stärkung der Bürgerkraft“ (*minryoku kan'yō undō*). Nach dem Großen Kantō Erdbeben in Tokyo wurde ein „Edikt für die geistige Erweckung des Volkes“ (*Kokumin Seishin Sakkōsho*) erlassen und, um diese zu verwirklichen, ein Verband von Volkserziehungsgruppen (*Kyōka Dantai Rengōkai*) aufgebaut, welche die Bürger unter anderem zu guten Wählern erziehen und den Klientelismus bei den Wahlen bekämpfen sollten. Der ehemalige Heimatminister Gotō Shinpei (siehe oben) stand im Zentrum dieser „Kampagne für die Säuberung der Wahlen“ (*senkyo shukusei undō*), die bis in die 1940er Jahre Bestand hatte.

1928 wurde vom Erziehungsministerium die moralische Mobilisierungskampagne (*kyōka sōdōin*) und 1929 vom Heimatministerium eine Kampagne zur Begrenzung privater und öffentlicher Ausgaben (*kōshi keizai kinsbuku undō*) betrieben. Seit 1932 (bis 1941) wurde vom Ministerium für Land- und Forstwirtschaft die Kampagne für die Verbesserung der Wirtschaft (*keizai kōsei undō*) durchgeführt. Akazawa (1985: 22) sieht diese Kampagnen zur Bürgererziehung als reaktionäre Antwort auf den Zerfall der alten Ordnung. Für die verschiedenen Kampagnen wurden jeweils eine Anzahl von Komitees und Organisationen auf nationaler und lokaler Ebene gebildet. Seit 1924 begann das Heimatministerium Nachbarschaftsgruppen (*chōnaikai*, eine Kontrollinstitution aus der Tokugawa-Zeit) wieder aufzubauen und für die Verwaltung und Überwachung der Bevölkerung zu nutzen. Auch wurden private Sozialfürsorger (*hōmen jin*) ernannt,

30 Zu den vor den 1920er Jahren aufgebauten Gruppen, die vom Heimatministerium unterstützt wurden, zählen die Gruppen Hōtokukai, Nihon Seinendan und Shūyōdan. Das Militär hatte ebenfalls lokale Soldatengruppen (Zaigōgunjinkai) aufgebaut.

die im Auftrag des Heimatministeriums soziale Problemfälle beobachteten und berieten (Amemiya 1997, Garon 1997). In den jeweiligen Gemeinden wurden Grundbesitzer, Priester, Lehrer und andere Eliten organisiert, um die Kampagnen vor Ort zu koordinieren. Auf Präfektorebene wurden ebenfalls einflussreiche Mittelsmänner ernannt. Der Staat baute über die Kampagnen seinen Einfluss in verschiedenen Feldern der Gesellschaft aus. Es wurden institutionalisierte Verbindungen wie Beratungsgremien für die jeweiligen Kampagnen geschaffen (Akazawa 1985).

Aufstieg der Yomiuri Shinbun

In der Zeit von 1920 bis zum Kriegsende nahm der Zeitungsmarkt in Japan seine heutige Form an. Eine Akteurskonstellation bildete sich heraus, die bis ins 21. Jahrhundert relativ stabil geblieben ist. Die Asahi Shinbun und Mainichi Shinbun aus Osaka erweiterten ihre Auflage und wurden in den Metropolregionen Osaka und Tokyo zu Quasi-Monopolisten (Sasaki 1999). Der gleichzeitige Aufstieg der Yomiuri Shinbun symbolisiert den Verfall journalistischer Autonomie und den Aktivismus des Heimatministeriums in dieser Zeit. Die Zeitung, die sich einen Namen als Literaturmedium gemacht hatte, geriet in wirtschaftliche Schwierigkeiten und wurde 1924 vom ehemaligen Chef der Polizeibehörde, Shōriki Matsutarō, aufgekauft. Finanzier des Kaufs war eine Gruppe von Industriellen, unter Beteiligung des ehemaligen Heimatministers Gotō Shinpei (Kimura 1992). Unter Journalisten wurde der Kauf der Yomiuri Shinbun zu dieser Zeit als feindliche Übernahme durch das Heimatministerium betrachtet. Shōriki sah sich zunächst mit einem Boykott der Mitarbeiter konfrontiert (Kimura 1992). Es gelang ihm jedoch mit Hilfe guter Verbindungen und einer Zahl von ehemaligen Polizeibeamten, die er in Managementpositionen der Yomiuri Shinbun brachte, diese Krise zu überwinden. Shōriki machte das Blatt mit unkonventionellen PR-Maßnahmen wie der Einrichtung einer Radiospalte in der Zeitung, der Einladung amerikanischer Major-League-Baseball-Stars und der Gründung eines verlagseigenen Baseball-Teams (und der dazugehörigen Profiliga) zu einer der drei größten japanischen Tageszeitungen. Er nutzte die Kontakte zur Polizei, um durch schnelle Meldungen über Kriminalitätsfälle die Rivalen auszustechen, und kombinierte diesen Ansatz mit sensationslustigen Berichten und Sport. So gelang es Shōri-

2. Das journalistische Feld: Positionen

ki ein neues Zeitungsimperium im kleinbürgerlichen Stil der Hōchi Shinbun aufzubauen³¹ (vgl. Kimura 1992, Yoshida 2010).

Auflagenwachstum in der Vorkriegszeit

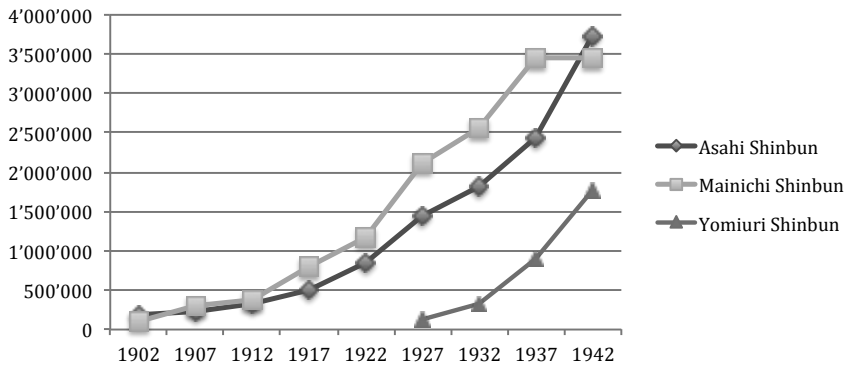


Abbildung 7: Auflagenwachstum der drei führenden Tageszeitungen in der Vorkriegs- und Kriegszeit (nach Yoshida 2010: Anhang xiv; für die Yomiuri Shinbun sind erst Daten verfügbar nach der Übernahme durch Shōriki Matsutarō).

Neupositionierung des journalistischen Feldes nach 1931: Asahi Shinbun

In den 1930er Jahren gewannen Kräfte in Militär und Verwaltung an Einfluss, die den Schaden durch die Parteipolitik (*tō no heigai*)³² beklagten und für umfassende Veränderungen des Staatswesens eintraten. Diese „Erneuerer“ (*kakushin-ha*) forderten eine aggressivere Außenpolitik, die Bekämpfung (und später Abschaffung) der Parteien und eine stärkere staatliche Kontrolle der Wirtschaft. Unter dem Schlagwort „Neue Ordnung“ (*shin-taisei*) begann diese Gruppe in den 1930er Jahren eine Vielzahl von Reformen. Ein wichtiger Aspekt dieses Programms war auch die Vereinheitlichung der Volksmeinung und die Schaffung von funktionierenden

31 In der Tat wurde die Yomiuri Shinbun während des Krieges dann mit der schwächer gewordenen Hōchi Shinbun fusioniert (vgl. Yoshida 2010).

32 Darunter wurden offenbar vor allem Machtkämpfe unter den Parteien, Korruption und das Fehlen von Einheit und Zusammenhalt verstanden (vgl. Sasaki 1999 und Yamamoto 2005).

Befehlsstrukturen, um eine einheitliche Stimme und Politik Japans nach außen zu gewährleisten³³.

Diesen „Erneuerern“ standen diejenigen gegenüber, die das System erhalten wollten. Dazu zählten etablierte Parteipolitiker, Großgrundbesitzer, die Oligarchen aus der Wirtschaft (wobei diese gleichzeitig ein starkes Interesse an der Expansion auf dem asiatischen Festland hatten und deshalb nicht vollständig einer der beiden Fraktionen zugeordnet werden können) und zum Teil der Adel (vgl. Amemiya 1997, Itō 1983, Sasaki 1999). Einige dieser „Bewahrer“ betonten internationale Verständigung und Liberalismus³⁴. Zwar verliefen die politischen Fronten im Japan der 1930er Jahre nicht immer eindeutig, aber die „Erneuerer“ können tendenziell als Vertreter einer neuen Mittelschicht (Garon 1997: 20) gelten, während die Bewahrer eher die klassische Herrschaftsschicht von Großgrundbesitzern, Adel und Großindustriellen vertraten.

Das journalistische Feld neigte noch zu Beginn der 1930er Jahre eher zur Unterstützung der Parteien und stellte sich gegen das Militär (Sasaki 1999). Der Mandchurische Vorfall 1931 brachte dann aber einen Umschwung zugunsten der „Erneuerer“. Dies hing mit einer Ausweitung des Einflusses des Militärs und einem damit einhergehenden Verfall der Autonomie des journalistischen Feldes zusammen. Dafür gab es mehrere Gründe. Ein wichtiger Grund ist die Zunahme politischen Terrors gegen Gegner des Militärs. Die Osaka Asahi Shinbun wurde noch 1931 wegen ihrer kritischen Haltung gegenüber dem Militär von rechten Terrorgruppen bedroht. 1932 ermordete eine Gruppe von Marine-Soldaten den Premierminister (vgl. Imanishi 2007). Mit Hilfe der lokalen Soldatenvereinigungen (*zaigō-gunjinkai*) organisierten die Rechtsnationalisten eine Boykottbewegung, als die Osaka Asahi Shinbun sich zunächst gegen die Ausweitung der Kämpfe in der Mandchurei und Nordchina wandte. Daraufhin leitete der Herausgeber der Asahi Shinbun, Ogata Taketora, einen Umschwung auf die Linie der „Erneuerer“ ein (siehe unten).

Die Zeitungen waren auf die Kooperation des Militärs bei Berichten über die aktuellen Kampfhandlungen angewiesen. Sasaki (1999) weist darauf hin, dass die Zeitungen ihre größten Auflagenzuwächse in den 1930er

33 Der Mandchurische Vorfall 1931 symbolisierte die fehlende Einheitlichkeit der japanischen Position. Die Armee hatte auf eigene Faust einen Krieg begonnen und die Regierung wurde so gezwungen den Standpunkt der Armee zu übernehmen.

34 Prinz Saionji wird als ein Vertreter dieses alten, eher liberal orientierten Adels genannt (Sasaki 1999).

Jahren verzeichneten. Das Volk verlangte nach schnellen Nachrichten aus dem Kriegsgebiet und die Zeitungen kooperierten mit dem Militär, um ihre Auflage zu steigern. Der Herausgeber der Mainichi Shinbun wurde um diese Zeit Vorstandsmitglied bei einer gemeinsam mit dem Militär veranstalteten Ausstellung (Sasaki 1999). Ogata Taketora von der Asahi Shinbun war sich bereits vor Ausbruch der Kämpfe während des Mandschurischen Vorfalles 1931 bewusst, dass die Zeitung im Falle eines Krieges auf die Kooperation des Militärs angewiesen sein würde. Man würde die Erlaubnis brauchen Journalisten auf das Schlachtfeld zu schicken, Flugplätze des Militärs zu benutzen, um im Wettbewerb mit anderen Zeitungen bestehen zu können. Ogata selbst war kein Vertreter der liberalen Fraktion innerhalb der Asahi Shinbun und veranlasste deshalb bereits früh Schritte, um das Verhältnis zum Militär zu verbessern. Er unternahm 1933 eine Besichtigungsreise nach Mandschukuo (dem Marionettenstaat, den die „Erneuerer“ in der Mandschurei errichteten). Er war beeindruckt von den industriellen Großprojekten und wurde zu einem Unterstützer der Fraktion der „Erneuerer“, während er gleichzeitig die Kontakte zu den alten Eliten pflegte (Kurita 2001: 70).

Ogata richtete 1934 in der Asahi Shinbun ein „Forschungsbüro zum Ostasien-Problem“ (Tōa Mondai Chōsakai) ein. Es handelte sich dabei um eine Art Think-Tank, der unter anderem zum Ziel hatte, das Verhältnis zum Militär zu verbessern (Asahi Shinbun Chōsa Kenkyūshitsu 1957:1, Kurita 2001: 70). Hier wurden regelmäßig Gäste aus dem Militär, der Wirtschaft, den Universitäten und der Politik eingeladen. Die Asahi Shinbun entwickelte eine Art Kompetenzzentrum, mit dem sie Militär und ziviler Regierung jeweils nützliche Informationen anbieten konnte (Kurita 2001: 70).

Ein Asahi-Shinbun-Journalist bezeichnete diesen Think-Tank später als kleinen Bruder des Kommentarbüros (*ronsetsushitsu no otōto*), wo die Leitartikel diskutiert wurden (Kurita 2001: 70). Durch seine hervorragenden Kontakte ins politische und militärische Feld konnte Ogata seinen Einfluss innerhalb der Zeitung immer stärker ausbauen. Gleichzeitig entwickelte sich die Asahi Shinbun im Verlauf der 1930er Jahre zum Sprachrohr der „Erneuerer“. Ogata weitete die Kontrolle über den Kommentarteil des Blattes aus und versuchte so die Stimme der Asahi Shinbun nach außen hin zu vereinheitlichen. Ogata selbst war ein Anhänger der „neuen Ordnung“ (Kurita 2001: 77). Er war überzeugt davon, dass die Zeitungen früher oder später in öffentliche oder halböffentliche Firmen (*kokusaku kaisha*) umgewandelt werden müssten (Kurita 2001: 77). Um ein Mitspracherecht bei der Schaffung der „neuen Ordnung“ zu bekommen, unterstützte Ogata aktiv die Teilnahme von Asahi-Shinbun-Journalisten in verschiedenen Orga-

nisationen von Militär und Heimatministerium und nahm selbst an zahlreichen Beratungsgremien der Regierung teil.

Geistige Totalmobilmachung und Imperial Rule Assistance Association (IRAA)

Die späten 1930er Jahre brachten einen Siegeszug der „Erneuerer“ in verschiedenen Bereichen der Gesellschaft. Damit einher ging auch die Ausweitung und spätere Vereinheitlichung der Kampagnen des Heimatministeriums und des Militärs. Die Schaffung eines staatlich kontrollierten Monopols war 1936 bereits in der Stromproduktion (Samuels 1987) und bei den Nachrichtenagenturen durchgeführt worden³⁵. Organisationen, die im Rahmen der Kampagnen des Heimatministeriums aufgebaut worden waren, wurden in der Bewegung zur geistigen Totalmobilmachung (Seishin Sōdōin Undō) ausgebaut und vereinheitlicht. Treiber dabei waren nicht nur staatliche Stellen, sondern eben jene halbstaatlichen und privaten Gruppen und Think-Tanks, die im Zuge der Erziehungskampagnen entstanden waren. Eine solche Gruppe, bei der besonders Journalisten eine wichtige Rolle spielten, war die Shōwa-Forschungsgesellschaft (Shōwa Kenkyūkai, gegründet 1937). Die Shōwa-Forschungsgesellschaft war ein politischer Think-Tank der „Erneuerer“, der 1933 von Vertrauten des späteren Premierministers Konoe Fumimaro (Premierminister 1937-1939; 1940-1941; Konoe galt als „adliger Erneuerer“, *kakushin kizoku*; Itō 1983, Sasaki 1999) als dessen „Braintrust“ gegründet worden war. Hier versammelten sich neben Bürokraten aus dem Heimatministerium auch zahlreiche Journalisten. 19 Journalisten der Asahi Shinbun tauchen in Mitgliederlisten des Shōwa Kenkyūkai und der Jugendgruppe Shōwa Juku auf (Muroga 1978, Sakai 1978). Ogata Taketora soll einen Organisator der Shōwa-Forschungsgesellschaft einmal gefragt haben: *„Meine Mitarbeiter sind häufig bei euch drüben, verbringen sie mehr Zeit bei dir oder bei uns?“* Dieser antwortete daraufhin: *„Das weiß ich nicht, nur das Gehalt, das musst du ihnen schon weiter zahlen“* (Imanishi 2007: 162).

35 Die Nachrichtenagentur Dōmei Tsūshin war als Zusammenschluss aus bestehenden Agenturen 1936 geschaffen worden, um Japans Stimme in der Welt für Propaganda nach außen zu vereinheitlichen (Yoshida 2010). Der Präsident von Dōmei Tsūshin, Furuno Inosuke, war zusammen mit der Gruppe aus der Asahi Shinbun einer der Architekten des IRAA (siehe Itō 1983: 128-169). Er war auch ein enger Vertrauter von Ogata und Anhänger der „neuen Ordnung“ (Kurita 2001).

Die Shōwa-Forschungsgesellschaft wurde 1937 – nachdem Kono Premierminister geworden war – in einer Phase, als der Krieg mit China eskalierte und Japan zunehmend in Konflikt mit den ehemaligen Verbündeten England und den USA geriet, neben dem Militär zu einer Keimzelle der „Bewegung zur geistigen Totalmobilmachung“ und 1938 entstand die Nachfolgeorganisation „Imperial Rule Assistance Association“ (IRAA, *Taiseiyokusan-kai*). In der IRAA vereinigten sich 1938 nahezu alle Parteien, Verbände und Gruppen (Itō 1983; Akagi 1988-1989). Berufsgruppen und regionale Einheiten wurden unter dem Motto „Der Wille von oben wird nach unten übermittelt“ (*jōi katatsu*) in durchorganisierte Netzwerke und zahlreiche Komitees in die Regierungsstrukturen integriert (Amemiya 1997³⁶, Akazawa 1985).

In der „neuen Ordnung“ wurden die Zeitungsverlage zu einem Schlüsselsektor in der Propaganda-Strategie der Regierung. Es wurden Veranstaltungen wie Vorträge, Filmvorführungen, Ausstellungen u.Ä. für eine breite Bevölkerung sowie die Entsendung von Journalisten als Rednern (*kōshi no assen*) mit informeller Koordination zwischen den oberen Etagen der Zeitungen und Militärs, Politikern und Bürokraten kombiniert. Auf der lokalen Ebene wurde eine Schicht von lokalen Notabeln (*yūryokusha*) organisiert und regelmäßige Treffen wurden durchgeführt (vgl. Akagi 1988-1989 zu den Strukturen der IRAA, auch Amemiya 1997, 1999). So wurde eine enge Vernetzung von Medien, Regierung und Wirtschaftsunternehmen etabliert (vgl. die Debatte um das 1940er System bei Noguchi 1998). Die *Asahi Shinbun* entsandte z.B. zusammen mit dem Entertainmentriesen *Yoshimoto Kōgyō* japanische Entertainer nach China und in den japanischen Marionettenstaat Mandschukuo. Auch im Inland wurden derartige Kooperationen in der Kriegszeit stark vorangetrieben.

Yamamoto Taketoshi (2011) weist auf die Bedeutung der Kriegszeit für die Beteiligung von Zeitungsverlagen an Ausstellungen hin. Kushner beschreibt verschiedene Ausstellungskampagnen, etwa eine vom Heimatministerium organisierte Kampagne mit dem Titel „*Propaganda to arouse the national spirit*“. Diese Kampagne wurde nach ihrem großen Erfolg in Tokyo im ganzen Land abgehalten und soll ca. 70 000 Zuschauer erreicht haben. Die *Asahi Shinbun* organisierte 1935 in einer gewaltigen Kampagne den Flug einer Maschine der Armee, „*der Kamikaze*“, von Tokyo nach London.

36 Amemiya (1997) argumentiert, dass die Strukturen erst ab 1942 wirklich hierarchisch organisiert waren. Vorher gab es einigen Raum für private Initiative. Es bleibt aber zu bemerken, dass diese private Initiative immer der Mobilmachung dienen musste und wirkliche Opposition nicht möglich war (vgl. Akazawa 1985).

Landesweit wurden in Schreinen und Tempeln Unterstützerguppen organisiert. Es wurden 80 000 japanische Flaggen verteilt und die Bevölkerung nahm frenetisch an der Kampagne teil.

Die Asahi Shinbun konnte ihre Auflage so in kurzer Zeit um mehr als 100 000 Exemplare steigern. Die Kampagne war so erfolgreich, dass im nächsten Jahr die Mainichi Shinbun eine ähnliche Kampagne veranstaltete. Diesmal umflog eine Maschine der Marine die ganze Welt. Weitere Kampagnen unter Titeln wie „Unser Land“ oder „Unsere Armee“ wurden direkt von der Armee oder dem Amt des Premierministers in Zusammenarbeit mit den großen Kaufhausketten und Zeitungsverlagen veranstaltet (vgl. Kushner 2006).

Durch eine Mischung aus freiwilligem Aktionismus durch die nun dominante Fraktion der „Erneuerer“ innerhalb des Journalismus und Druck aus dem Militär, dem Heimatministerium und dem Informationsbüro (*jōhōkyoku*³⁷; angesiedelt im Amt des Premierministers) sowie ultranationalistischen Gruppen wurde die Berichterstattung an die Regierungslinie angepasst.

Bei den Regionalzeitungen wurde aufgrund des Papiermangels das System von einer Zeitung pro Präfektur (*ikken isshi*) eingeführt, das heute noch besteht. Auf nationaler Ebene erreichten die drei Spitzenreiter Asahi Shinbun, Mainichi Shinbun und Yomiuri Shinbun eine Monopolstellung. Weiterhin wurden zwei große Wirtschaftszeitungen, die Chūgai Shōgyō Shinpō (später Nihon Keizai Shinbun) in Tokyo und die Sangyō Keizai Shinbun (Sankei Shinbun) in Osaka geschaffen (vgl. Yoshida 2010). Auch die heutigen Eigentümerstrukturen der japanischen Zeitungen stammen zu einem großen Teil aus der Kriegszeit. Ogata, Shōriki und ihre Mitstreiter konnten eine durchgehende Verstaatlichung der japanischen Zeitungsbranche verhindern³⁸. Stattdessen wurden von den Zeitungsmanagern freiwillig verschiedene Maßnahmen durchgeführt, um sicherzustellen, dass die Zeitungsberichterstattung vereinheitlicht und „verbessert“ wurde.

37 Das Informationsbüro wurde zunächst 1932 als informelle Koordinationsstelle zwischen verschiedenen Ministerien gegründet. Später wurde es dann offiziell aufgebaut und als Organisation mit über 600 Mitarbeitern beim Premierminister angesiedelt (Ariyama 2000, Schäfer 2012).

38 Ein entsprechender Vorschlag wurde im Parlament eingebracht, aber kam dann durch den Widerstand der Branchengrößen zu Fall (Yoshida 2010).

Mobilmachung innerhalb des journalistischen Feldes

Ogata Taketora trieb bei der Asahi Shinbun im Kleinen Reformen voran, die in der Medienbranche im Großen (und auch in der Wirtschaft generell; vgl. Johnson 1982) unter dem Schlagwort der „neuen Ordnung“ durchgesetzt wurden. Die Einflussnahme der Eigentümer auf die Redaktion war beim Branchenführer Asahi Shinbun bereits nach den Reiseruhen 1918 formal begrenzt worden (Yoshida 2010, nur hatte diese Regelung keine Wirkung, weil die Eigentümer auch Präsidenten der Firma wurden; vgl. Ariyama 1998 b).

1940 führte Ogata das System des Gesamtreдаkteurs (*henshū sōchō*) ein und setzte die regelmäßige Durchführung einer Gesamtreдаktionskonferenz (*henshū kaigi*) mit allen Redaktionsverantwortlichen durch. Die „neue Ordnung“ der Asahi Shinbun zielte vor allem auf die Vereinheitlichung der im Blatt geäußerten Meinungen (Kurita 2001: 81). Die Trennung von Kapital und Management, eine Kernidee der „neuen Wirtschaftsordnung“³⁹, wurde bei anderen Zeitungen ebenfalls zur Pflicht gemacht. Die Logik dahinter war, dass eine durch das Management geführte Zeitung besser dem Kaiserreich (dessen Interesse als einheitlich angenommen wurde) dienen konnte als ein Inhaber, der einer kommerziellen Logik folgte (Yoshida 2010).

In der Mainichi Shinbun wurden alle Aktien in den Besitz der Mitarbeiter überführt (vorher waren sie auf verschiedene Industrieunternehmen verteilt), das Mitsui-Konglomerat musste einen Großteil seiner Aktien an der Nihon Keizai Shinbun (damals Chūgai Shōgyō Shinpō) abgeben. Einige Zeitungen erhielten die Form einer gemeinnützigen Stiftung (*shadan hōjin*)⁴⁰. Unter Führung des Branchen-Kontrollverbandes (Nihon Shinbun Renmei; gegründet 1940; 1942 in Nihon Shinbunkai umgewandelt) gaben sich alle Zeitungen Leitlinien (*teikan*), in denen sie sich auf das Allgemeinwohl verpflichteten. In den 1940er Jahren verschwanden auch politische Anzeigen aus den Zeitungen, weil sie divergierende Meinungen signalisierten, von denen angenommen wurde, sie richteten sich gegen das einheitliche Gemeinwohl des Landes (Yamamoto 1974, 2005). Es wurde ein Regis-

39 Der spätere Asahi-Chef-Kommentator Ryū Shintarō war ein zentraler Denker des „neuen Wirtschaftssystems“. Er hatte mit seinen Entwürfen für ein neues Wirtschaftssystem großen Einfluss auf die Reformen in der Zeitungsbranche, aber auch in anderen Sektoren (vgl. Yoshida 2010).

40 Die Tōkyō-Shinbun, die damals aus zwei Zeitungen fusioniert wurde, und die Regionalzeitungen Saitama Shinbun und Tokushima Shinbun.

trierungssystem eingeführt, um die politische Einstellung der Zeitungsmitarbeiter zu kontrollieren, und die Presseklubs wurden auf einen Klub für jede Behörde fusioniert (Mori 2007, Ötsu 2012).

Nach dem Krieg wurde die Kriegszeit von den Zeitungen häufig als eine Phase der Unterdrückung freier Meinungsäußerung dargestellt (vgl. die Darstellungen in den offiziellen Geschichten von Asahi Shinbun, Mainichi Shinbun und Yomiuri Shinbun). Zwar gab es starken Druck bis hin zu Hinrichtungen von Journalisten und der Schließung kritischer Magazine⁴¹, Ariyama (2000) weist aber darauf hin, dass die Maßnahmen zur Medienkontrolle größtenteils freiwillig durchgeführt wurden. Verschiedene Fraktionen von Medienmanagern und Journalisten entwickelten ihre eigenen Versionen der vorherrschenden Ideologie des „Staatskörpers“ (*kokutai*), um zu argumentieren, dass gerade *ihre* Zeitung oder Mediengruppe besonders geeignet sei, um die „totale geistige Mobilmachung“ durchzuführen und den „Propagandakrieg“ (*shisōsen*) zu gewinnen (Ariyama 2000). Die nationalen Zeitungen kollaborierten mit dem Militär und ihnen wurden jeweils verschiedene Territorien in den eroberten Gebieten in Ostasien zugeteilt, in denen sie japanische und landessprachliche Zeitungen zusammen mit dem Militär aufbauten (vgl. Yamamoto 2011).

Autonomie und Orthodoxie des Feldes: Von Widerstand zu Einheit

Yoshida (2010) weist darauf hin, dass ein Großteil des Diskurses über die Zusammenlegung der Zeitungen sich gegen einen Niedergang des Geschmacks und des Niveaus der Medieninhalte richtete. Während sich das journalistische symbolische Kapital der frühen Taishō-Zeit eher am einfachen Volk als Referenzpunkt orientiert hatte (vgl. den Abschnitt oben), propagierte der journalistische Diskurs der Kriegszeit wieder stärker ein Ideal der Hochkultur (an dessen Spitze der Kaiser stand). Die Massen sollten auf dieses Niveau gehoben werden. Das Heimatministerium wollte „schlechte“ Zeitungen (*furyō shinbun*) entfernen. Die Zahl der Zeitungen wurde rapide reduziert (Yoshida 2010).

Der Verlust von relativer Autonomie des journalistischen Feldes besonders seit den 1930er Jahren ging mit einer Stärkung des „erziehenden Journalismus“ als Orthodoxie des Feldes einher. Die Orientierung an den Mas-

41 Der bekannteste Fall der Verfolgung von Journalisten in der Kriegszeit war der sogenannte Yokohama-Vorfall, der die Hinrichtung von vier Personen und die Schließung des Magazins Kaizō zur Folge hatte (JCJ Journalism Kenkyūkai 2005).

sen als Referenz wurde zusammen mit den fortschrittlichen Ideen von Sozialismus (und seit den 1920er Jahren Marxismus) zunehmend zurückgedrängt. Die kleinbürgerliche Verehrung des Vornehmen (vgl. Bourdieu 1999) und die Erziehung der Massen wurden (wieder) zum journalistischen Mainstream. Die Einrichtung des „Forschungsbüros zum Ostasienproblem“ in der Asahi Shinbun 1934, um das Verhältnis zum Militär zu verbessern, die Kampagnen zur „totalen geistigen Mobilmachung“ (1937) und die Gründung der IRAA (1938), die daraus entstand, markierten neben einem Autonomieverlust eine Umdeutung der Orthodoxie des journalistischen Feldes.

Nagahama weist darauf hin, dass eine der wichtigsten Sprechergruppen bei den Vorträgen im Rahmen von Volkserziehungskampagnen (*kyōka undō*), die seit den frühen 1920er Jahren an Fahrt gewannen, Journalisten waren (Nagahama 1987: 114). Offizielle Posten dienten nun dazu, das journalistische symbolische Kapital zu vermehren⁴².

Ogata Taketora, Gallionsfigur der Asahi Shinbun in der Kriegs- und Vorkriegszeit, stellt den Prototypen des „staatstragenden Journalisten“ und Zeitungsmanagers dar. Er sah Journalismus als öffentliches Amt (*kōshoku*; Imanishi 2007) und wurde seit 1934 Mitglied in zwölf verschiedenen Regierungsgremien⁴³. 1937 wurde er zusammen mit dem Chefredakteur der Mainichi Shinbun Berater der „Totalen Geistigen Mobilmachungskampa-

42 Schon seit 1908 waren sowohl die Presseklubs (Yamamoto 1990: 292) als auch die institutionalisierten Verbindungen zwischen journalistischem Feld und politischem Feld in Form von Beratungsgremien (*shingikai*) ausgebaut und die Verleihung von offiziellen Titeln an Journalisten flächendeckend eingeführt worden. Die Inkorporierung des Journalismus in der langen Kriegszeit (1931-1945) stellt eine Fortsetzung und Ausweitung dieses Trends dar. Auch in den 1870er Jahren in der Phase, als das Feld noch nicht etabliert war, wurden bereits oppositionelle Journalisten (die Vertreter der Freiheits- und Bürgerrechtsbewegung) für den Staatsdienst angeworben, um sie zu befrieden (Yamamoto 1990: 157). Der Unterschied in dem Trend seit 1908, den Yamamoto beschreibt, ist aber, dass das Feld des Journalismus zu dieser Zeit bereits begonnen hatte Autonomie zu entwickeln und sich vom Feld der Politik gelöst hatte. Die Journalisten und Manager, die offizielle Ämter und Ehren erhielten, waren jetzt hauptberuflich als Journalisten tätig und nicht als Politiker. Bei den Vorgängen in den 1870er Jahren handelte es sich vielmehr um Prozesse innerhalb des politischen Feldes, dessen Teil die Zeitungen waren.

43 Imanishi (2007) nennt folgende Gremien: 1. Regierungsgremium für Eisenbahnpreise (*tetsudō unchin shingikai*), 2. Komitee für die Kontrolle wichtiger Industrien (*jūyō sangyō tōsei i'inkai*), 3. Informationsbüro des Kabinetts (*naikaku jōhōbu*), 4. Beratungsgremium über das parlamentarische System (*gikai seido shingikai*), 5. Komitee für gesellschaftliche Projekte (*chūō shakai jigyō i'inkai*), 6. Gremium für

gne“ (dem direkten Vorläufer der IRAA). Im Komitee zur Vorbereitung derselben saßen neben Ogata von der Asahi Shinbun auch Shōriki von der Yomiuri Shinbun und der Herausgeber und Präsident der Mainichi Shinbun wie auch der Chef der staatlichen Nachrichtenagentur (Itō 1983: 140, Imanishi 2008: 163). Ogata und Shōriki wurden jeweils auch stellvertretender Vorsitzender und Manager (*sōmu*) der IRAA. Nachdem er 1943 einen internen Machtkampf in der Asahi Shinbun gegen den Haupteigentümer verloren hatte, wurde Ogata entmachtet und wechselte 1944 als Chef des Informationsbüros (Naikaku Jōhōkyoku) in die Regierung (Imanishi 2007: 283). Ogata wurde also vom Journalisten direkt zum obersten staatlichen Verantwortlichen für Zensur. Nach seinem Amtsantritt rief er alle Chefredakteure zusammen und forderte sie auf, „leicht verständlich zu schreiben“ und fügte hinzu:

„Sie, die Redakteure der Verlage, sind die Führungsschicht des Volkes. Sie sind Vertreter einer öffentlichen Institution (*kōki wo azukaru hito*) und sollten entsprechend ihrem besten Wissen verantwortlich handeln“ (Imanishi 2007: 286).

Diese Positionierung repräsentiert das Ideal einer Einheit von Staat und Journalismus, was letztlich die Aufgabe journalistischer Autonomie bedeutet. Der Hinweis auf leichte Verständlichkeit verdeutlicht die Erziehungsfunktion des Journalismus, die in der Kriegszeit wieder zur Orthodoxie des Feldes wurde. Ogatas Wechsel in den Dienst des Staates wird von den offiziellen Historikern der Zeitungsfirmen oft in sehr positivem Licht dargestellt. Imanishi (2007: 283), der im Auftrag der Asahi Shinbun an einer Serie über die Geschichte der Zeitung während des zweiten Weltkriegs geschrieben hat, stellt Ogata als Verfechter der Pressefreiheit dar und betont, dieser habe den Redakteuren 1944, als er Chef des Informationsbüros wurde, mehr Freiheit gelassen als unter der vorigen Regierung. Er stellt den Verlauf der Ereignisse so dar, als sei Ogata fast gezwungen worden, als Chef des Informationsbüros einzuspringen. Er habe die Medien frei berichten lassen, um der Bevölkerung die Wahrheit über den Krieg zu vermitteln.

Maßnahmen von verletzten Veteranen (*shōi taisaku hogo shingikai*), 7. Beratungsgremium für japanische Sprache (*kokugo shingikai*), 8. Beratungsgremium für das medizinische System (*iyaku seido chōsakai*), 9. Beratungsgremium für den Aufbau Großostasiens (*kōa i'inkai*), 10. Gremium für mittlere und kleine Industrie (*chūshō sangyō chōsa i'inkai*), 11. Gremium für Unterstützung des Militärs (*gunji engo taisaku shingikai*), 12. Gremium für die Vorbereitung der Neuen Ordnung (*shintaisei junbi i'inkai*; Imanishi 2007: 156).

Zwar ist es wahr, dass Ogata unter dem Schlagwort „leichtes Wort“ (*genron chōtatsu*) die Zensur gegenüber Journalisten leicht lockerte und dies von vielen Journalisten positiv bewertet wurde (Kurita 2001: 101-105). Kurita weist aber auch darauf hin, dass Ogata die freie Rede (*genron no jiyū*) nicht über alles schätzte. Er charakterisiert Ogata als Mann des Wortes, der etwas von Management verstand (*keiei no wakarū genronjin*: Kurita 2001: 40). Ogatas „Politik des leichten Wortes“ beruhte auf der Idee, dass der Journalist Verantwortung (*sekinin*) für seinen Staat trage. Er begründete seine verstärkten Kommunikationsmaßnahmen damit, dass er die nur oberflächliche Kollaboration des Volkes im Krieg verbessern wollte. Sein Ziel war, dass das Volk in einer „authentischen Bewegung“ am Krieg teilnimmt (Kurita 2001: 100).

Als Preis für die Lockerungen bei der Zensur forderte er von den Journalisten Selbstzensur aus Verantwortungsgefühl. Diese Selbstzensur und die Funktion der Zeitung als Think-Tank und Vermittler zwischen verschiedenen Regierungsorganisationen sind der Kern des Modells, das Ogata mit der Asahi Shinbun in den 1930er Jahren entwickelte. Sein Wechsel aus der Zeitungswelt zum Informationsbüro stellt durchaus eine konsequente Weiterentwicklung des Journalismus im „Forschungsbüro zum Ostasien-Problem“ und der „Shōwa-Forschungsgesellschaft“ dar. Der erste Leiter des „Forschungsbüros“ ging mit ihm zum Informationsbüro der Regierung. Nach dem Krieg wechselte Ogata als konservativer Abgeordneter in die Politik und versuchte einen japanischen Geheimdienst aufzubauen (Yoshida 2012)⁴⁴. Sein Ansatz des Journalismus verkörpert die auch heute noch einflussreiche „Logik des Politikteils“ in den japanischen Zeitungen. Kurita (2001: 92-93) beschreibt, wie ein für die Armee zuständiger Berichterstatter während des „Mandschurischen Zwischenfalls“ auf Anfrage von Ogata vor den Managern der Asahi Shinbun einen Vortrag über blutige interne Kämpfe zwischen verschiedenen Fraktionen in der Armee hielt. Er wurde vom damaligen Chef des Gesellschaftsteils kritisiert, warum er diese Fakten nicht sofort in der Zeitung veröffentliche. Der Berichterstatter, ein Journalist des Politikteils, schrieb in einem Rückblick:

„Ich dachte mir: Aba, wenn ein Journalist aus dem Gesellschaftsteil etwas Interessantes erfährt, dann schreibt er es sofort. Er schert sich nicht um die

44 Ogata wurde in den 1930er Jahren selbst vom Militär bedroht und kann nicht unbedingt als Repräsentant des repressiven Systems der Kriegszeit gesehen werden. Er verfolgte eine Strategie, die zunehmende Macht des Militärs mit Hilfe von zivilen Kräften, vor allem der staatlichen Bürokratie, zu kontern (Yoshida 2010: 61-63).

Folgen seines Artikels. Aber Politikjournalisten bauen über lange Zeit Beziehungen zu ihren Berichtsubjekten auf. Man muss Geheimnisse für sich behalten und den großen Verlauf der Ereignisse beobachten. Wenn man, nur weil etwas interessant ist, gleich einen Artikel schreibt, (...) dann verliert man das Vertrauen seiner Gesprächspartner“ (Kurita 2001: 92-93).

2.4. Besatzungsphase und Nachkriegszeit

Neben der opportunistischen, staatstragenden Fraktion im Journalismus der Kriegszeit existierten auch durchaus weiterhin Gruppen, welche für eine stärker kritische Orientierung – entsprechend der Logik des Gesellschaftsteils – eintraten, speziell in den unteren Etagen der Verlagshäuser. Ein ehemaliger Yomiuri-Shinbun-Journalist betont die Rolle von sozialistisch und kommunistisch orientierten Aktivisten in Redaktionen wie der Yomiuri Shinbun, der Mainichi Shinbun, der Asahi Shinbun und auch in der staatlichen Nachrichtenagentur Dōmei Tsūshin in der Vorkriegs- und Kriegszeit (Yoshida 2008 a). Der militante Antikommunist Shōriki beispielsweise habe in bestem Wissen eine große Zahl linksradikaler Studenten aus der Bildungselite eingestellt, um die Leistungsfähigkeit der Redaktion zu erhöhen und dem schlechten Ruf der Zeitung entgegenzuwirken (Yoshida 2008 a: 68). Selbst in der IRAA, die als faschistische Kontrollorganisation konzipiert wurde, waren laut Zeitzeugenberichten zahlreiche Marxisten beschäftigt, die vorher im Verlagswesen tätig waren (vgl. Sugimori 1988).

Die Demokratisierung der Zeitungen

Die Niederlage des japanischen Kaiserreichs im August 1945 und der Beginn der amerikanischen Besatzung brachten je nach Redaktion mehr oder weniger radikale Neuverteilungen der Machtverhältnisse zwischen den verschiedenen journalistischen Fraktionen hervor. Die Redakteure und Inhaber der Zeitungen waren sich bewusst, dass ihre Haltung während des Krieges von den Amerikanern und möglicherweise auch von der eigenen Bevölkerung hinterfragt werden würde. In vorauseilendem Gehorsam wurde bei der Asahi Shinbun beispielsweise beschlossen, auf eine proamerikanische Linie umzuschwenken (Ariyama 1996). Sowohl bei der Asahi Shinbun als auch bei der Yomiuri Shinbun wollten die Inhaber Redakteure mit langjähriger Erfahrung im englischsprachigen Ausland zu Chefredakteu-

ren machen, um diese als Verbindungsmänner zur Besatzungsmacht agieren zu lassen (Imanishi 2008). Bei der Asahi Shinbun wollte der Inhaber gleichzeitig eine Gruppe von Sympathisanten von Ogata, die in hohen Positionen verblieben waren, zum Rücktritt zwingen und ihnen so die Kriegsschuld zuweisen (Sassa 1983). Sie konterten diesen Schachzug, indem sie ihren eigenen Rückzug ankündigten, aber mit der Forderung nach dem Rückzug aller Chefredakteure und dem Rücktritt des Inhabers als Präsidenten verbanden.

Während sich diese Machtkämpfe auf der Führungsebene abspielten, regte sich gleichzeitig in den Zeitungsverlagen eine Revolution von unten. Die amerikanischen Besatzungsbehörden hatten zu erkennen gegeben, dass sie die Bildung von Gewerkschaften unterstützten. In den Zeitungen wurden Komitees zur Organisation der Mitarbeiter gebildet. Nachdem bekannt wurde, dass der Hauptinhaber Ogatas Unterstützer entlassen wollte, wurde ein Treffen aller Mitarbeiter einberufen. Dort kündigte der Inhaber dann unter Schmährufen seinen Rücktritt vom Präsidentenamt an (Imanishi 2008, Sassa 1983)⁴⁵. Die neu gegründete Gewerkschaft der Asahi Shinbun entwickelte sich zu einem starken neuen Machtzentrum innerhalb der Firma. Ihr erster Sprecher wurde zum ersten Generalsekretär der Anfang 1946 gegründeten Zeitungsgewerkschaft (Shinbun Tan'itsu; vgl. Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980).

Zum radikalsten Umschwung kam es bei Shōrikis Yomiuri Shinbun. Dort regte sich ebenfalls Widerstand gegen den Inhaber und Präsidenten. Es bildete sich eine Gewerkschaftsgruppe und die Mitarbeiter forderten Maßnahmen zur Demokratisierung der Zeitung. Im Gegensatz zum Inhaber der Asahi Shinbun weigerte sich Shōriki einzulenken und befahl die Entlassung der Rädelsführer. Daraufhin besetzten diese das Redaktionsgebäude und begannen die Yomiuri Shinbun unter eigener Regie herauszugeben. Am Höhepunkt dieses Konflikts wurde Shōriki als Kriegsverbrecher von den Besatzungsbehörden verhaftet. Die Aufständischen trugen (vorerst) den Sieg davon (vgl. Ariyama 1998 a, b, c).

Innerhalb kürzester Zeit wurde die „demokratische Yomiuri“ (*minshu Yomiuri*) zur progressivsten aller japanischen Zeitungen. Ein beträchtlicher

45 Der Hauptinhaber der Asahi Shinbun, Murayama Nagakata, trat vom Amt des Präsidenten (*shachō*) zurück und wurde Inhaber (*shashu*). Im Sommer 1946 wurde er von den Besatzungsbehörden von allen öffentlichen Ämtern verbannt. Ähnlich wie Shōriki von der Yomiuri Shinbun feierte er jedoch 1951 zum Ende der Besatzungszeit ein Comeback als Präsident (Imanishi 2008, Ariyama 1998 a, b, c, 1999).

Teil der Redakteure stand der sich neu formierenden Kommunistischen Partei Japans (KPJ) nahe (auch der erste Gewerkschaftsvorsitzende der Asahi Shinbun wurde später Abgeordneter der Kommunistischen Partei im Unterhaus; Sassa 1983, Yoshida 2008 a). In der Mainichi Shinbun, wo die Reformen der Kriegszeit keinen großen Anteilinhaber mehr zurückgelassen hatten und alle Aktien in den Besitz der Mitarbeiter übergegangen waren, ging die Revolution reibungsloser (wenn auch weniger radikal) voran. Hier traten alle Chefredakteure, Abteilungsleiter, stellvertretende Abteilungsleiter und externen Firmenberater (*san'yo*) zurück. Die Mitarbeiter wählten ein neues Führungsteam (vgl. Imanishi 2008: 141). Derartige „Revolutionen“ ereigneten sich laut Imanishi (2008: 153) in 34 der 46 verbliebenen Zeitungen.

Das Zentrum verschiebt sich nach links

Die Zeitungsgewerkschaft entwickelte sich zur Speerspitze des 1946 gegründeten Gewerkschaftsbundes Sanbetsu-Kaigi (Zen-Nihon Sangyōbetsu Rōdō Kumiai Kaigi; im August 1946 offiziell als Dachorganisation gegründet, besaß der Gewerkschaftsbund rund 1,6 Millionen Mitglieder und wurde in sehr kurzer Zeit zum mit Abstand größten Gewerkschaftsbund in der Besatzungszeit; vgl. Yoshida 2008 a, b). Etwa zeitgleich mit der Zeitungsgewerkschaft wurde auch die Union Japanischer Journalisten gegründet (Nihon Journalist Renmei), die als professioneller Verband eine Ergänzung zur japanischen Journalistengewerkschaft darstellte (und von der gleichen Gruppe von Akteuren organisiert wurde; Yoshida 2008 a, b, c.). Dieser Verband ist der Vorgänger des heute noch aktiven Japanischen Journalistenkongresses (Nihon Journalist Kaigi, Japanese Congress of Journalists, JCJ; 1955 gegründet). Die neue Welle von Gewerkschaftsaktivismus brachte ein Wiedererstarken der „Logik des Gesellschaftsteils“ in der gesamten Zeitungsbranche mit sich. Die Zeitungen druckten Erklärungen, dass sie von nun an zum Volk stehen würden (*kokumin to tomo ni tatan*; so eine Erklärung in der Asahi Shinbun; vgl. Imanishi 2008). Sie änderten ihre Leitlinien und nahmen Stichworte wie gesellschaftliche Gerechtigkeit (*shakai seigi*), Freiheit und Menschenrechte (*jiyū jinken*), Weltfrieden (*sekai heiwa*) und internationale Freundschaft (*kokusai shingi*) in ihre Leitlinien auf (vgl. z.B. Mainichi Shinbunsha 2002 Band 2: 13).

Ein starker Opportunismus der Zeitungsmanager (und Redakteure speziell in den oberen Positionen der Zeitungen) lässt sich nicht abstreiten. Z.B. stellte die Mainichi Shinbun ihre Aktionärsstruktur, die eingeführt

wurde, um eine bessere Unterordnung unter die Totalmobilmachung zu erreichen, als demokratische Errungenschaft dar (vgl. z.B. Mainichi Shinbunsha 1992 Band 2: 10). Andererseits führten die Reformen der Besatzungsmächte und die neue Freiheit zur gewerkschaftlichen Organisation tatsächlich zu einer starken und nachhaltigen Umorientierung des gesamten Feldes. Die Reformen der Kriegszeit führten in einer paradoxen Wendung nach dem Krieg dazu, dass die Zeitungen eine relative Unabhängigkeit von der Wirtschaft und Politik erlangten. Die neu gegründeten progressiven Parteien, speziell die Kommunistische Partei Japans, deren Führer 1945 aus dem Gefängnis entlassen wurden, aber auch die Sozialistische Partei (JSP) gewannen starken Einfluss im journalistischen Feld. Ogata Taketora wird mit der Äußerung zitiert, die Zeitungsgewerkschaft (Shinbun Tan'itsu) sei der neue Kontrollverband, der nun die Meinungsfreiheit im Journalismus bedrohe⁴⁶ (Ariyama 1998 c).

Gegenmaßnahmen der Behörden

Bald gingen die Umwälzungen sogar den amerikanischen Besatzungsämtern zu weit, die neben der Abschaffung der Zensur der Kriegszeit gleichzeitig ihre eigene Zensur eingeführt hatten. Diese richtete sich nicht nur gegen Militarismus und Faschismus, sondern verbot auch Kritik an den Besatzungsmächten und Berichterstattung über die Atombombenabwürfe (vgl. Ariyama 1996). Die Amerikaner verkündeten die Einführung eines Pressekodexes, in dem die Zeitungen zur Unparteilichkeit nach amerikanischem Muster verpflichtet wurden (Ariyama 1996). Sowohl die „demokratische Yomiuri Shinbun“ als auch die Asahi Shinbun gerieten ins Visier der Besatzungsbehörden. Im Hintergrund stand ein Umschwung der Besatzungspolitik. Die „Revolutionäre“ in den Zeitungsverlagen verfügten über Verbindungen zu den sogenannten „New Dealern“, eher sozialistisch orientierten Mitarbeitern der Besatzungsbehörden vor allem in der Regierungsabteilung (*minseikyoku*, Government Section; vgl. Yoshida 2008 a). Mit der Zuspitzung des Kalten Krieges gewannen aber die Konservativen in den Besatzungsbehörden stärker an Einfluss. Nachdem sie die „demokratische Yomiuri Shinbun“ mehrmals wegen Verstößen gegen den Pressekodex ermahnt hatten, kam es zu einer Auseinandersetzung zwischen dem von

46 Ogata bezeichnete die Gewerkschaft als die neue Zeitungsgemeinschaft (*Shinbunkai*), die Kontrollgesellschaft, die im Krieg die Zusammenschlüsse in der Zeitungsbranche vorangetrieben hatte (Ariyama 1998 c).

Shōriki eingesetzten Präsidenten und dem Chefredakteur. Die Auseinandersetzung eskalierte und führte zu einem Streik, der durch das Eingreifen der Polizei zu Gunsten des Präsidenten entschieden wurde (Imanishi 2008). Ca. 70 Gewerkschaftsaktivisten wurden entlassen und die starke Mitsprache der Gewerkschaft in der Redaktion und bei Personalentscheidungen wurde wieder zurückgenommen. Die Gewerkschaften von Mainichi Shinbun und Asahi Shinbun unterstützten die Yomiuri-Gewerkschaft während des Konfliktes. Auf dem Höhepunkt des Konfliktes plante die Zeitungsgewerkschaft einen Generalstreik der Medienbranche, um die Gewerkschaft der Yomiuri Shinbun zu unterstützen. Dieser Versuch brach aber durch Widerstand innerhalb der Asahi-Gewerkschaft zusammen (Imanishi 2008, Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980). Um den Trend nach links zu kontern, riefen die Besatzungsbehörden die Zeitungsmanager dazu auf, einen Branchendachverband zu gründen, und vertraten die Position, dass die redaktionelle Linie vom Management bestimmt werden sollte. Dafür wurde der Begriff des Redaktionsrechts (*henshūken*) eingeführt. Er bezeichnet die redaktionelle Entscheidungshoheit des Managements über die Inhalte der Zeitung und richtet sich vor allem gegen die Gewerkschaften, die eine demokratische Kontrollfunktion und Mitsprache gegenüber dem Management behaupteten (vgl. Ariyama 1996, Fujimori 2015).

Die Zeitungsinhaber und Manager gründeten nach dem Krieg den Japanischen Zeitungsverband (Nihon Shinbun Kyōkai, NSK), der seitdem eine der wichtigsten Legitimierungsinstanzen des journalistischen Feldes darstellt (Imanishi 2008). Der Präsident der Asahi Shinbun (ein Kompromisskandidat zwischen Ogatas Fraktion, der Fraktion des Inhabers und der Gewerkschaft; vgl. Imanishi 2008), wurde von den Besatzungsbehörden ermahnt, die Kommentarartikel nicht von Gewerkschaftsaktivisten verfassen zu lassen und eine strengere Haltung gegenüber der kommunistischen Partei einzunehmen (Ariyama 1998 b, Imanishi 2008). Im weiteren Verlauf der Besatzungszeit führten die Amerikaner verschiedene Maßnahmen durch, um den Einfluss der kommunistischen Partei auf den Journalismus (und die Gewerkschaftsbewegung insgesamt) zu begrenzen. Nachdem der amerikanische Befehlshaber 1947 einen geplanten Generalstreik verboten hatte, traten wichtige Gewerkschaften aus der Zeitungsgewerkschaft aus. Nach dem Ausbruch des Koreakrieges 1950 legten die Besatzungsbehörden den Medienunternehmen Listen von Kommunisten vor und forderten sie auf, die Betroffenen zu entlassen. Daraufhin mussten beim staatlichen Fernsehsender NHK und bei der Asahi Shinbun über 100 Beschäftigte ihren Platz räumen, bei der Mainichi Shinbun knapp 80. Auch bei ande-

ren Medienunternehmen wurden zweistellige Zahlen von tatsächlichen oder angeblichen Kommunisten entlassen, wobei sich ein Teil davon nach dem Ende der Besatzung vor Gericht den Weg zurück in die Redaktionen erkämpfte (Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980).

Der Wandel des politischen Feldes

Nach dieser „roten Säuberung“, die auch in anderen Bereichen durchgeführt wurde, organisierte sich die Gewerkschaftswelt neu. Im Zeitungsreich entstand nun die Japanische Zeitungsgewerkschaft (Shinbun Rōdō Kumiai Rengō; Shinbun Rōren), in die auch die vorher ausgetretenen Teilgewerkschaften eintraten. Sie wurde Teil des ebenfalls 1951 organisierten Verbandes Sōhyō (Nihon Rōdō Kumiai Sōhyōgikai). Dieser stand der Japanischen Sozialistischen Partei (JSP, Nihon Shakaitō) nahe (Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980; siehe auch Kapitel 3), die nach dem Krieg gegründet worden war. Im politischen Feld bildete sich ein relativ stabiles Parteiensystem, nachdem Japan 1952 die Souveränität zurückerlangt hatte. Auf der einen Seite standen die Vertreter der „fortschrittlichen Parteien“ (*kakushin-ha*). Die Sozialistische Partei war bis in die 1990er Jahre die stärkste Oppositionspartei. Weiter links stand noch die Kommunistische Partei Japans (KPJ/Kyōsantō). Auf der anderen Seite des politischen Lagers hatten sich die konservativen Parteien 1955 (mit finanzieller Unterstützung des CIA; Arima 2008) zur Liberaldemokratischen Partei (LDP) zusammengeschlossen. Hinter ihr standen geschlossen die Wirtschaftsverbände und Unternehmen, aber auch die Bauern und Gewerbetreibenden. Zentrale Streitpunkte, welche die Wählerschaft spalteten, waren die Frage nach der Einstellung zur Institution des Kaiserhauses und der Pazifismus-Klausel der japanischen Verfassung⁴⁷ sowie der Einbindung ins westliche Lager, symbolisiert durch das Verteidigungsbündnis mit den USA. Von 1960 bis in die 1990er Jahre, als die Parteienlandschaft umstrukturiert wurde, existierte noch eine Demokratisch-Sozialistische Partei (Minshu-Shakaitō, DSP⁴⁸).

47 Damit verbunden war ein Streit über die Daseinsberechtigung des japanischen Militärs. Dieses war auf Druck der Amerikaner während des Koreakrieges zu Beginn der 1950er Jahre wieder aufgebaut worden. Um seine Verfassungskonformität gab es einen heftigen Streit.

48 Wie die konservative LDP wurde die DSP mit Unterstützung des CIA gegründet (Arima 2008).

JSP und DSP vereinten jeweils große Blöcke der Gewerkschaften hinter sich. Die KPJ wurde von einer Minderheit der Gewerkschaften unterstützt. Der bis in die 1970er Jahre größte Gewerkschaftsverband, Sōhyō, war mit der JSP verbunden. Ein anderer Verband der Gewerkschaften, Dōmei (Zen-Nippon Rōdō Sōdōmei), unterstützte den rechten Flügel der JSP, der seit 1960 in der DSP organisiert war. In den 1960er Jahren gründete die buddhistische Religionsgemeinschaft Sōka Gakkai ebenfalls eine politische Partei, die Kōmeitō, die eine zentristische Position einnahm.

Stabilisierung des Feldes, Autonomie und strukturelle Abhängigkeit

Seit den 1950er Jahren kann man das journalistische Feld insgesamt als relativ stabil betrachten. Die Asahi Shinbun steht seit dieser Zeit bei symbolischem wie auch bei wirtschaftlichem Kapital an der Spitze des Feldes. Die Yomiuri Shinbun als Herausforderer überholte sie zwar in den 1970er Jahren in der Auflage, sie bleibt aber beim journalistischen Prestige immer noch hinter Asahi Shinbun und Mainichi Shinbun zurück. Strukturell wird das Feld dominiert vom politischen Feld. 1951 wurde das Weiterbestehen von Privilegien aus der Vorkriegszeit wie Steuererleichterungen und die Erlaubnis von Preisabsprachen mit den Zeitungsverkäufern beschlossen sowie das Fortbestehen der Beschränkungen für Kapitalzuflüsse ermöglicht (Yoshida 2010).

Stärker noch ist die Abhängigkeit aber vom wirtschaftlichen Feld. Yoshida weist darauf hin, dass die japanischen Zeitungen durch die Beschränkungen des Kapitalzuflusses einen im internationalen Vergleich überdurchschnittlich hohen Anteil an Fremdkapital in Form von Bankenkrediten aufweisen (Yoshida 2010). Das macht speziell die wirtschaftlich schwächeren Redaktionen abhängig von ihren Banken. In einem bekanntgewordenen Fall in den 1980er Jahren wurde beispielsweise auf Druck der Hausbank ein Artikel der Mainichi Shinbun aus dem Blatt genommen⁴⁹ (Mainichi Shinbun Rōdō Kumiai 1995: 174).

Die nationalen japanischen Zeitungsunternehmen haben in den 1950er Jahren mit Fremdkapital in die Fernsehbranche investiert. Heute sind alle großen nationalen Fernsehsender jeweils mit einer nationalen Zeitung verflochten. Pionier des japanischen Privatfernsehens war Shōriki Matsutarō,

49 Der Artikel berichtete über einen Diebstahl einer Mitarbeiterin bei der Bank. Der Vorfall führte zu einer Konfrontation zwischen der Gewerkschaft der Mainichi Shinbun und dem Management.

der 1953 den Fernsehsender Nihon TV (Nihon Terebi Hōsōmō; NTV) aufbaute. Shōriki war zwar 1945 als Kriegsverbrecher von der amerikanischen Militärführung inhaftiert worden, wurde aber 1946 wieder freigelassen und hatte Verbindungen zum amerikanischen CIA aufgebaut. Diese Verbindungen nutzte er dann, um seine Zeitung zu einem Rundfunk-Imperium auszubauen (Arima 2008). Die Asahi Shinbun baute den Sender TV Asahi auf, die Mainichi Shinbun den Sender TBS (Tokyo Broadcasting System), die Sankei Shinbun den Sender Fuji TV und die Nihon Keizai Shinbun den Sender TV Tokyo. Die daraus entstandenen Medienkonglomerate investierten auch in zahlreiche lokale TV-Sender und Lokalzeitungen. Diese Verflechtung mit der Fernsehbranche erhöht die strukturelle Abhängigkeit der Zeitungen vom wirtschaftlichen sowie vom politischen Feld. Die Fernsehsender sind stark auf Werbeeinnahmen angewiesen, auch haben sie Kapital von anderen Privatunternehmen (etwa der Energiebranche; vgl. Sunakawa 2011) aufgenommen. Weiterhin unterliegen die Sender einem Lizenzsystem. Die Lizenzen müssen nach einigen Jahren durch das zuständige Ministerium erneuert werden, was dem Parlament einen Hebel gibt, um Druck auf die Fernsehsender auszuüben. Durch die Struktur des politischen Feldes, in dem von 1955 bis 1994, von 1996 bis 2009 und dann wieder seit 2013 die gleiche Partei (LDP) an der Macht ist, bedeutet das de facto einen dauerhaften Druck die Redaktionslinien in den Fernsehsendern konservativer auszurichten. Zwar wurde bisher noch keine Lizenz verweigert, aber es gab mehrere Fälle, in denen Druck ausgeübt wurde (prominent war vor allem ein Fall in den 1990er Jahren; auch nach 2012 gab es wieder Forderungen nach Lizenzentzug für Fernsehsender, die kritische Sendungen ausstrahlen).

Bei den Zeitungen ist die strukturelle Abhängigkeit vom politischen Feld allerdings weniger stark ausgeprägt als bei den Fernsehsendern. Sie sind relativ unabhängig vom politischen Feld und unterliegen keinem Lizenzsystem. Auch dominieren die Asahi Shinbun und Yomiuri Shinbun ihre jeweiligen Fernsehsender. Die Präsidenten der TV-Sender kommen meist aus dem Management der Zeitung und ursprünglich aus der Redaktion. Bei Fuji TV (Sankei Shinbun) und TBS (Mainichi Shinbun) ist dies nicht der Fall (hier gilt eher ein umgekehrtes Verhältnis; Interview mit Satō Osamu). Wichtiger ist die Abhängigkeit der Zeitungen vom wirtschaftlichen Feld in Form von Werbeeinnahmen. Seit den 1970er Jahren hat diese Abhängigkeit relativ stark zugenommen (Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980). Alle Zeitungen behaupten allerdings die Unabhängigkeit der Redaktion vom Management (*benshū to keiei no bunri*), so dass

ein Bekanntwerden von wirtschaftlicher Einflussnahme auf die Inhalte in der Regel zu einem Verlust von symbolischem Kapital führt.

Die Positionen innerhalb des Feldes: Der Kampf um die Orthodoxie

Der wirtschaftliche und politische Pol, der unter dem Einfluss dieser Felder steht, betont eher die gesellschaftliche Verantwortung von Journalismus (*shakaiteki sekinin*; vgl. Arai 1979) und eine Art nützlichen Journalismus, um die Gesellschaft zu verbessern, ohne direkt in Konfrontation mit den Feldern der Politik und Wirtschaft zu geraten. Auch dieser Pol verfügt über eine Reihe von Legitimierungsinstanzen, wie den Rat für Ethik in der Massenkommunikation (Masukomi Rinri Kondankai, gegründet 1957; Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980) und den Kikuchi-Kan-Preis (seit 1951 vergeben vom konservativen Verlagshaus Bungei Shunjū).

Bis heute repräsentieren die Zeitungsgewerkschaft und der ihr nahestehende Journalistenverband JCJ den systemkritischen, kulturellen Pol des journalistischen Feldes. Der JCJ wurde über Jahre hinweg vom japanischen Verfassungsschutz (Kōan Keisatsu) beobachtet und gehörte über die Jahre des Kalten Krieges der im Ostblock geschaffenen Internationalen Journalistenorganisation (IOJ) in Prag an (Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980). Parallel zu den großen sozialen Bewegungen (wie z.B. der Anti-Atomwaffenbewegung; siehe Kapitel 3) spaltete sie sich in den 1960er Jahren in einen eher der JSP nahestehenden Verband und einen der KPJ nahestehenden Verband (vgl. Miyake 1974).

Innerhalb der Zeitungen verlaufen die Konfliktlinien meist zwischen den Polen der Gewerkschaft und dem Gesellschaftsteil (kultureller Pol auf der einen Seite) und dem Management und Wirtschafts- und Politikteil (wirtschaftlicher Pol auf der anderen Seite). Die Akteure am kulturellen Pol argumentieren mit Begriffen wie dem „Recht zu wissen“ (*shiru kenri*) und betonen gesellschaftliche Gerechtigkeit (*shakai seigi*) und die Rolle des Journalismus als Stimme der gesellschaftlich Schwachen (*jakusha*). Außerhalb der einzelnen Zeitungsorganisationen verfügt dieser Pol mit dem JCJ und der Zeitungsgewerkschaft über seine eigenen Legitimationsinstanzen. Das symbolische Kapital des Gesellschaftsteils spiegelt sich auch in den Themen der Gewinner des JCJ-Journalismuspreises. Die Preise gehen an Berichte zum Thema Frieden, Diskriminierung von Minderheiten, Atomwaffen (speziell die Atombombenopfer), Probleme mit den amerikanischen Militärbasen auf Okinawa und Umweltverschmutzung. Hinzu kom-

men investigative Themen wie Skandale der Polizei, der Selbstverteidigungsstreitkräfte und der Politik und Verwaltung (vgl. Miyake 1974: 178).

Der prestigeträchtigste Preis im japanischen Journalismus wird vom Zeitungsverband NSK seit 1957 vergeben. Während die ersten NSK-Preise eher den wirtschaftlichen und politischen Pol zu repräsentieren scheinen, wurde der Preis seit Mitte der 1960er Jahre auch an kritische Reportagen und Berichte vergeben (vgl. die Preisliste bei NSK 2017). Dies repräsentiert die Positionierung des Zeitungsmanagements als Ganzes zu einem gewissen Grad. Bei den eher nahe dem kulturellen Pol positionierten Zeitungen Asahi Shinbun und Mainichi Shinbun sind z.B. die Gewerkschafter der unmittelbaren Nachkriegszeit bis in den Vorstand und ins Präsidentenamt aufgestiegen⁵⁰. Der Zeitungsverband steht deshalb nicht direkt am wirtschaftlichen Pol, sondern nimmt eher eine Zwischenposition ein.

Innerhalb des Feldes gibt es bei den einzelnen Zeitungen durchaus starke Positionsveränderungen, die häufig mit Versuchen aus dem wirtschaftlichen oder politischen Feld einhergehen, die Dominanz in einzelnen Zeitungen zu erlangen und diese dann im Feld in eine andere Position zu bewegen. Die deutlichste Bewegung dieser Art war die Gegenrevolution bei der Sankei Shinbun 1960 nach einer Reihe von heftigen Protesten gegen die Verlängerung des amerikanisch-japanischen Sicherheitsvertrags. In der offiziellen Geschichte der japanischen Zeitungsgewerkschaft wird Mizuno Shigeo, der Präsident, der die Zerschlagung der Sankei-Gewerkschaft organisierte, als „Ass der Hochfinanz“ (*zaikai no ace*) beschrieben, der im Auftrag der Wirtschaftswelt erst im Fernsehsender Bunka Hōsō (heute Fuji TV) die Gewerkschaft entmachtete und dann nach demselben Muster bei der Sankei Shinbun voringing (Nihon Shinbun Rōdō Kumiai Rengō 1980). Die groß angelegte Aktion führte zum Austritt der Sankei-Gewerkschaft aus dem Zeitungs-Gewerkschaftsverbund und der Unterordnung der Zeitung unter die Logik und Ideologie der Wirtschaftswelt. Seitdem ist die Sankei Shinbun so etwas wie das konservative *Enfant terrible* der japanischen Medienwelt. Arm an symbolischem Kapital versucht die Zeitung die Regeln des Feldes umzuschreiben und propagiert eine Unterwerfung der journalistischen Logik unter politische und wirtschaftliche Regeln, etwa wenn der Chefredakteur betont, dass Zeitungen eine „Herrschafts-Verantwortung“ (*tōchi-sekinin*) haben oder dass es manchmal für die Öffentlichkeit besser sei, bestimmte Dinge nicht zu wissen (vergleiche z.B. die Dis-

50 Es handelt sich allerdings um die moderaten Gewerkschafter, nicht die KPJ-nahen Aktivisten. Z.B. hatte der langjährige Präsident der Asahi Shinbun, Hirooka Tomoo, 1946 als Gewerkschaftsführer den Zeitungsgeneralstreik verhindert.

kussion verschiedener Chefredakteure bei Fujita et al. 2001). Ähnliche, wenn auch weniger weitgehende Bewegungen gab es bei der Yomiuri Shinbun (vgl. Kapitel 10) und bei der Asahi Shinbun von 1960 bis 1963 (vgl. Sassa 1983). Auf der anderen Seite gab es auch Gegenbewegungen, die oft weniger ruckartig, sondern eher als langsam voranschreitende Prozesse verliefen. Dazu zählt beispielsweise die Einstellung einer großen Zahl von politisch links orientierten Studenten, beeinflusst von den sozialen Bewegungen der Nachkriegszeit. Im Gegensatz zur Sankei Shinbun hat die Mainichi Shinbun sich beispielsweise seit den 1960er und speziell 1970er Jahren auf den kulturellen Pol des Feldes zubewegt (Mainichi Shinbun Rōdō Kumiai 1995, Sasaki 2008).

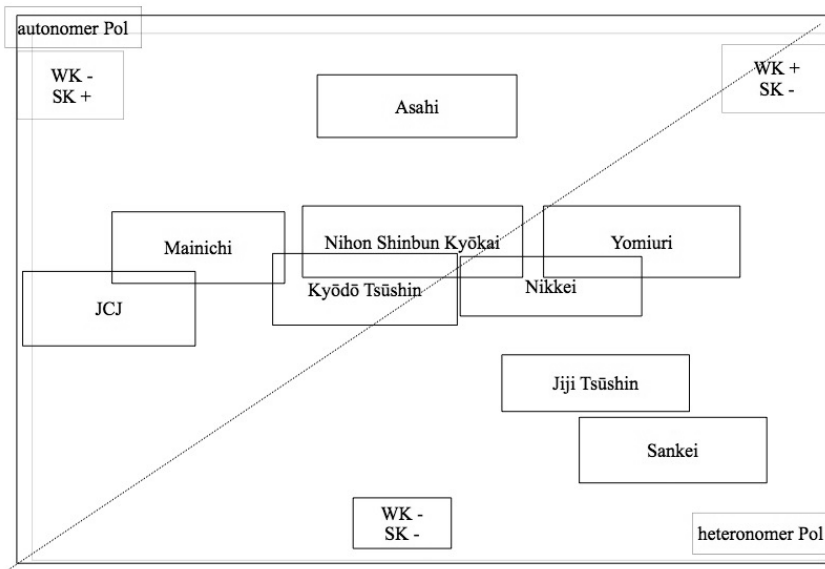


Abbildung 8: Das journalistische Feld der Gegenwart (ohne die Regionalzeitungen, Fernsehsender und Zeitschriften).

